



Vierteljährlicher Abonnementstyp. in Breslau 6 Mark. Wochen-Abonnement. 60 Pf.  
außerhalb pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Anzeigengebühr für den Raum einer  
kleinen Seite 30 Pf. für Anzeigen aus Schlesien u. Polen 20 Pf.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-  
anstalten Beziehungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag  
einmal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 148. Morgen-Ausgabe.

Einundfünfzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Berlag.

## Abonnements-Einladung.

Die unterzeichnete Expedition lädt zum Abonnement für den Monat März ergebenst ein.

Der Abonnementssatz für diesen Zeitraum beträgt in Breslau 2 Mt., bei Zustellung ins Haus 2 Mt. 35 Pf., auswärts incl. des Portozuschlages 2 Mt. 50 Pf., und nehmen alle Post-Anstalten Bestellungen hierauf entgegen.

Wochen-Abonnement an Morgen-, Mittag- und Abend-Ausgabe incl. Abtrag ins Haus 60 Pf. Reichsw., auf die Abend-Ausgabe allein 25 Pf. Reichsw., auf die Kleine Ausgabe 30 Pf. Reichsw.

In den k. k. österreichischen Staaten, sowie in Russland, Polen und Italien nehmen die betreffenden Postanstalten Bestellungen auf die „Breslauer Zeitung“ entgegen.

Expedition der Breslauer Zeitung.

## Die Reichstagsmajorität.

König Bismarck hat etwa zehn Jahre lang über eine sichere und gleichmäßige Majorität verfügt. Die Gesetze, welche die Regierung vorlegte, kamen stets durch die nationalliberale Mitwirkung zu Stande. Vermisste die Fortschrittspartei in dem vorgelegten Gesetz den liberalen Charakter, so waren die Conservativen bereit, mit den Nationalliberalen Hand in Hand zu gehen; erschien den Conservativen ein Gesetzesvorschlag bedenklich, so war die Fortschrittspartei um so sicherer bereit, für denselben einzutreten. Das Centrum konnte auf die Entscheidung niemals einen Einfluss gewinnen.

Dieser Zustand hätte für die Regierung sehr bequem sein können, wenn nicht ein Umstand obgewaltet hätte. Die Nationalliberalen nahmen die Vorschläge der Regierung nicht unverändert an, sondern arbeiteten sie in liberalem Sinne um. Die Gesetzgebung jenes zehnjährigen Zeitrums stand unter der Constellation des Amendements Lasker. Lasker hat sich die Aufgabe gestellt, in jede von der Regierung gemachte Vorlage so viel liberale Gedanken hineinzuarbeiten, als irgend möglich war, um das Werk nicht für die Regierung unantnehmbar zu machen. Und man kann nicht leugnen, daß er diese Aufgabe mit ungewöhnlicher Geschicklichkeit gelöst hat.

König Bismarck hat diesen Zustand zehn Jahre lang extragen, aber es scheint, daß er ihn im Innern schwerer extragen hat, als er sich äußerlich hat merken lassen. Die nationalliberale Partei verlor seine Gunst, und insbesondere der Abgeordnete Lasker fiel in entschiedene Ungunst. Der Reichskanzler sehnte sich nach einer Majorität, die seine Vorschläge ohne das Amendement Lasker annahm. Er wollte mit wenigen zusammen arbeiten, mit Lasker nicht. Der Weihnachtsbesuch in Varzin zeigte, daß diese beiden Männer einstweilen sich noch nicht trennen wollten. Das Wort, daß „die Nationalliberalen an die Wand gedrückt werden sollten“, ist wahrscheinlich nicht historisch wahr, aber es ist gut erfunden und bezeichnete die Situation. Die Reichstagsauflösung nach den unseligen Verbrechen des Sommers 1878 stärkte die conservative Partei so, daß die Nationalliberalen aus der Stellung, in welcher sie sich damals befanden, herausgedrängt wurden, und alles spricht dafür, daß dieser Erfolg ein beabsichtigter gewesen ist.

Ohne Zweifel beschränkte sich der Wunsch des Reichskanzlers nicht darauf, die Majorität, die bis dahin bestanden hatte, zu zerstören, sondern er wollte eine neue Majorität schaffen, auf die er sicherer rechnen könnte, als auf die frühere. Das ist ihm nur zum Theile gelungen. Es gelang ihm vollständig im Herbst 1878, als der Schrecken über die Mordattentate auf den Kaiser das klare Urteil der Wähler gelähmt hatte: es gelang ihm eben so nach der zweiten Reichstagsauflösung, als der blonde Kriegsschreck noch mehr Verwirrung gestiftet hatte. Diese beiden Reichstage haben dem Kanzler in allen Fragen vollständig Heerfolge geleistet. Es mißlang im Jahre 1881, mißlang von Neuem im Jahre 1884, wenn auch nicht so vollständig und es ist vor wenigen Tagen zum dritten Male mißlungen. Von dem Aussall der Stichwahlen wird es abhängen, ob der neue Reichstag mehr demjenigen von 1881 oder demjenigen von 1884 gleichen wird. Jedenfalls wird König Bismarck keine in allen Fragen willige Majorität haben.

Das schließt nicht aus, daß einzelne Vorlagen durch eine clerical-conservative Majorität durchgelegt werden, die ja auch in den Wahlen von 1881 und 1884 erzielt wurde. Aber diese Majorität ist in manchen Fällen nur unter schweren Bedingungen und in anderen Fällen gar nicht zu haben. Es ist höchst thöricht, die freimaurische Partei dafür verantwortlich zu machen, daß das Centrum eine ausschlaggebende Stellung errungen hat und daß es sich dieselbe zu Zeiten auch schwer bezahlen läßt. Die Verantwortung hierfür fällt ausschließlich auf denselben, der sich dieser Majorität bedient und der ihr Zugeständnisse macht.

Wir begrüßen den Aussall der Wahlen nur mit getheiltem Herzen. Wir wissen sehr genau im Voraus, daß wir nicht Alles werden billigen können, was der neu gewählte Reichstag thun wird. Und noch sicherer wissen wir, daß dieser Reichstag nicht Alles thun wird, was wir billig würden. Aber andererseits wissen wir doch, daß er Manches hindern wird, was wir missbilligen müßten und was der geschlossene Reichstag nicht verhindert haben würde. Für eine fruchtbringende positive Gesetzgebung ist der neue Reichstag sehr wenig geeignet, aber er ist geeignet, weiteren Abbröckelungen der Volksrechte entgegenzuwirken, von denen wir in der abgelaufenen Zeit durch die Verlängerung der Legislaturperioden ein so abschreckendes Beispiel gesehen haben.

Die Zeit einer wirklich segensreichen Gesetzgebung erwarten wir erst dann, wenn eine andere Auffassung über das gegenseitige Verhältnis der constitutionellen Factoren sich bei uns Bahn gebrochen haben wird. Die Auffassung, welche jetzt verteidigt wird, ist die, daß jede Partei ohne Ausnahme die Pflicht hat, der Regierung bei den wichtigsten Aufgaben, welche sich diese gestellt hat, Hilfe zu leisten. Dafür kann die Regierung denjenigen Partei, von welcher sie die wirkliche Hilfe erhält, Zugeständnisse machen. Sie kann dem Centrum Kirchenpolitische Concessionen machen und den Agrariern Rornölle einräumen. Einer solchen Partei aber, die der Regierung auch bei den wichtigsten Fragen Opposition macht, muß diese jede Daseinsberechtigung absprechen. Die Regierung wird sich aber selbst dem einmütigen Verlangen des Reichstages nicht fügen, wenn sie der Überzeugung ist, daß dieses Verlangen ein unzweckmäßiges ist.

Die Regierung verlangt, daß die Reichstagsmajorität sich ihrer Politik anbequeme, während das natürliche Verhältnis das ist, daß die Regierung ihre Politik der Reichstagsmajorität anpaßt. Denn keine Regierung kann auf die Dauer etwas erreichen, wenn sie nicht die im Volke herrschenden Strömungen berücksichtigt, und diese Strömungen werden bei den Wahlen bekundet. Eine Regierung, die im Allgemeinen dasjenige thut, was den herrschenden Volküberzeugungen entspricht, wird niemals Schwierigkeiten haben, sich eine feste und zuverlässige Majorität zu schaffen. Eine Regierung, deren Absichten sich in ein gewisses Geheimnis hüllen, und die auch gar keine Anstalten macht, die Absichten der Volksvertretung zu erkennen, wird immer Schwierigkeiten haben.

Was im Jahre 1878 und im Jahre 1887 durch Reichstagsauflösungen gelungen ist, eine völlig willige Majorität bei den Wahlen zu erzielen, wird nach unserer festen Überzeugung niemals wieder gelingen. Das Bestreben, eine feste und stetige Majorität zu erzielen, die sich in allen Dingen auf die Seite der Regierung stellt, hat in zehn Jahren keinen Erfolg gehabt und wird ihn auch in Zukunft nicht haben. Dagegen hat es nicht die geringste Schwierigkeit, ein Verhältnis zwischen Regierung und Volksvertretung wieder herzustellen, wie es von 1866 bis 1876 bestanden hat, und da Niemand behaupten wird, daß dieses Verhältnis dem Deutschen Reiche Schaden gebracht hat, so sollte man sich bemühen, es wieder herzustellen. Die Zeiten, in denen es möglich war, den Reichstag zu immer neuen Geldbewilligungen zu veranlassen, sind unwiderstehlich dahin, und die Regierung wird in ihrem eigenen Interesse am klügsten handeln, wenn sie keine Forderung stellt, die ihr nicht zugestanden werden kann.

bildet das Anerbenrecht, welches demnach in dem bürgerlichen Gesetzbuch der allgemeinen Erfolge gleichwertig an die Seite zu stellen ist.

3) Bezuglich der Regelung des Anerbenrechts als Intestatenerbrecht hält der Deutsche Landwirtschaftsrath an seinem im Jahre 1886 gefaßten Beschlüsse fest und beauftragt seinen Vorstand, denselben nochmals dem hohen Bundesrat zu hochgeehriger Berücksichtigung zu unterbreiten.

Zu Buch I, Abschn. IV, Tit. I (§§ 851, 852, 854, 855, 861 und 862): Antrag Getto: Der Eigentümer eines Baumes darf von dem Eigentümer des Nachbargrundstücks nicht geweckt werden können, Wurzeln, welche hinübergreifen, abzuziehen, sondern er hat nur zu dulden, daß dieses durch den Eigentümer des benachbarten Grundstücks geschieht.

Endlich folgende Anträge des Justizrat Bachmair. 1) Zum I. Buch, Abschn. IV, Tit. IV, § 92. (Form der Rechtsgeschäfte.) Wo für ein Rechtsgeschäft durch Gesetz die einfache Schriftform vorgeschrieben ist, soll es genügen, wenn die Urkunde von dem Urheber der Willenserklärung eigenhändig unterschrieben oder mittels öffentlich beglaubigten Handzeichens unterzeichnet ist.

2) Zum II. Buch, II. Abschn., Tit. IV, § 462. (Kauf und Tausch.) Von der Urkundenleistungspflicht des Grundstücksverkäufers sollen ausgenommen sein Urkunden, welche einen die Person oder die Familienverhältnisse des Verkäufers betreffenden Inhalt haben, an dessen Gehaltserhaltung demselben gelegen ist; in Anlehnung solcher Urkunden soll nur Abschrift des den Kaufgegenstand selbts, insbesondere die Grenzen, Gerechtsame und Lasten betreffenden Inhalts, sobald mit Weglassung des geheim zu haltenden persönlichen oder familiären Inhaltes vom Käufer verlangt werden können.

3) Zum III. Buch, III. Abschnitt. Allgemeine Vorschriften über Rechte an Grundstücken und zum Entwurf des Zwangsvollstreckungsgesetzes § 236. (Vorzugsgesetz des Gesinde- und Arbeitslohns — Liedlohn.) Den Ansprüchen der landwirtschaftlichen Arbeiter wegen der laufenden und der aus dem letzten Jahre rückständigen Liedlohnsträge soll das Recht auf vorzugsweise Befriedigung aus dem Grundstück durch das Reichsgesetz, betreffend die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen, eingeraumt werden.

4) Zum III. Buch, Tit. III, § 914, Abs. 2. (Gefundene Sachen.) Der Fundlohn für verlaufenes Vieh der Landwirth soll 1 pft. seines Wertes nicht übersteigen.

[Zu dem Bericht über die Schlussvorstellung in der Militär-Turnanstalt] der der Kaiser bewohnt, trägt die „Post“ noch Einiges über die ausgeführten Übungen nach. Dieselbe begann mit Frei- und Gewehrübungen, denen das Fechten folgte. 7 Paare hatten Stoßfechten, 9 Paare Hiebfechten und 2 Paare Säbelfechten. Den Glanzpunkt der ganzen Vorstellung bildete das Bayonettketten von 35 Paaren, d. h. allen anwesenden Infanterieoffizieren, ausgeführt. Einzelne traten oder richtiger stürmten die Paare vor, überfielen sich mit Energie, wechselten Stoß auf Stoß. Ein ähnliches Fechten hat die Militär-Turnanstalt wahrscheinlich noch nicht erlebt. Es kamen nun die Gerätüübungen an die Reihe. Der erste Hauptmann, Gillmeister, kommandierte, erstmals Querbaumübungen von den Infanterie-Offizieren, zunächst die regelmäßigen Übungen, dann selbst gewählte Übungen, in denen einzelne ganz hervorragende Leistungen zeigten; dann die Übungen am Pferd seitens der Cavallerie- und Artillerie-Offiziere. Es folgte die Vorstellung von vier feldmärschmäßig ausgerüsteten Zweiradfabrern. Scharf nach dem Kommando wurden alle Bewegungen ausgeführt, mit anerkennenswerter Sicherheit. Nun begab sich die Versammlung nach dem anstoßenden Saal, der die Hindernisse enthält. 3 Sectionen, 24 Offiziere, ebenfalls feldmärschmäßig ausgerüstet, nahmen die Hindernisse mit gegen seitiger Unterstützung: die 2 Meter hohe Barriere, darauf den 2,75 Meter hohen Ballistadenzaun, weiter das 3,75 Meter hohe Eskaladiergestell. Darauf nahmen ebenfalls 3 Sectionen die Hindernisse von der entgegengesetzten Seite. Schließlich erklimmten 8 Offiziere mit vollem Gedopf an herabhängenden Lauen die 5 Meter hohe Mauer.

[In einer öffentlichen Schuhmacher-Versammlung] kam es am Dienstag zu stürmischen Scenen. Die Meister waren sehr zahlreich, noch dreizehn aber die Gesellen erschienen. Der Innungs-Obermeister Herr Beutel eröffnete die Versammlung mit einem Hinweis auf den Zweck derselben. Es habe sich ein Centralcomité aus Mitgliedern der Innung, des Gewerkvereins und der Innungsgesellen gebildet, welches die Aufbesserung der Preise und Arbeitslöhne im Schuhmachergewerbe auf friedlichen Wege herbeizuführen wolle. Die Versammlung solle als ein Brüderin betrachtet werden, ob die Sache Anklang finde; in diesem Falle werde man die Agitation weiter entfalten. Obermeister Schumann ergründete die ausführungen. Man habe den Fachverein der Schuhmeister zur Beratung eingeladen, es sei aber keiner von den Herren gekommen. (Ruf: Sind nicht rechtzeitig eingeladen worden.) Die Meister gewinne stetig größere Ausbreitung im Schuhmachergewerbe und es werde dem Kleinmeister täglich schwerer, sein Brot ehrlich zu verdienen. Angehörige der vorhandenen Zustände seien Ausstände ein wahres Unglück für Meister und Gesellen; beide hätten nur Nachtheile davon. Das Comité habe bereits, um etwaigen Arbeitseinstellungen vorzubeugen, einen Mindest-Lohntarif ausgearbeitet und drucken lassen, welcher die Mindestlöhne bezeichnete, die den Gesellen für die Arbeiten gewährt werden sollen. Für die mittleren und größeren Geschäfte werde später noch ein besonderer Tarif notwendig sein. Von den Meistern sei gleichzeitig eine Erhöhung der Verkaufspreise in Aussicht genommen worden. Redner empfahl schließlich die Annahme einer Resolution, nach welcher die Versammlung sich gegen Arbeitseinstellungen und für das Vorgehen der Commission erklären sollte. Für und gegen diese Resolution kam es zu lebhaften Diskussionen zwischen Meistern, Innungmeistern und Gesellen. Dem Innungsvorstand wurde vorgeworfen, daß er die Innungsgesellen auf Agitationstreifen „verputzt“ habe, wogegen sich Herr Beutel kräftig verteidigte. Von den Gesellen wurde behauptet, daß man ihnen nur „den Wind zur Ausstandsbewegung aus den Segeln nehmen wolle“: eine Lohncommission müsse in einer öffentlichen Versammlung gewählt werden. Die Innung habe sich stets feindlich gezeigt, und man könne ihr auch jetzt kein Vertrauen schenken. Große Unruhe entstand, als ein Redner das Wort „Innungsbüro“ gebrauchte, und im weiteren Verlauf der Versammlung steigerte sich der Lärm derartig, daß die Versammlung vertagt werden mußte. Nach Wiederbeginn der Verhandlungen verlangten mehrere Personen das Wort zur Geschäftsordnung, und als ihnen das Wort nicht gestattet wurde, erhob sich ein solcher Lärm, daß der Vorsitzende sich gezwungen sah, die Versammlung zu schließen.

[Ein Prozeß wegen Nahrungsmittel-Versäufschung.] der seit längerer Zeit gegen den Restaurateur Walterstein schwelt, hat in verschieden Terminten bereits die Berliner Strafkammer beschäftigt. Er endete in dieser Instanz mit Freispruch und wurde dann durch die Revision des Staatsanwalts vor das Reichsgericht gebracht, welches das erste Urteil aufholte und die Sache an die III. Strafkammer zurückwies. Hier ist dieselbe nun am Mittwoch nochmals unter Enthaltung eines amfangreichen Zeugenapparates verhandelt worden. Herr Walterstein war s. J. Pächter des von der böhmischen Brauerei eingerichteten Restaurants „Gambrinus“ in der Friedrichstraße. Ein von ihm entlassener Kellner Volke, welcher mit ihm Civil- und Bekleidungsklagen führte, hat nach neun Monaten, nachdem er in jener Streitigkeit den härteren gezogen hatte, Hrn. W. der Bierpanscherei beschuldigt. Er behauptete, daß auf Anordnung des Angeklagten Abends, wenn das Geschäft in dem im ersten Stockwerk belegenen Ausschank zu Ende war, das Bier, welches dort noch vorhanden war, in Tütenfrigen nach dem Parterre-Raume gebracht und dafelbst verschüttet worden sei. Jerner wurde behauptet, daß der Angeklagte in solchen Fällen, wo die Specialität seines Locals, das „Gambrinus-Brau“, zu Ende gegangen war und doch noch von einem Gast verlangt wurde, gutes Bockbier mit gutem hellen Bier vermischte und als „Gambrinus-Brau“ verkauft habe. Der Denunciant hatte sich zum Beweise dafür auf zwei gleichfalls entlassene Büffeldame berufen, welche allerdings belastende Aussagen machten, während alle

[Der Deutsche Landwirtschaftsrath] ging in seiner Mittwoch-Sitzung zur Beratung des Entwurfs zum bürgerlichen Gesetzbuche über. Folgende Anträge gelangten, wie die „Post“ berichtet, zur Annahme:

Zu Buch IV (Familienrecht), Abschnitt II, Titel 2 (Unterhaltungspflicht): Antrag der Commission:

Verwandte in gerader Linie sollen verpflichtet sein, nach Maßgabe der in den §§ 1481 bis 1496 des Entwurfs B. G.-B. enthaltenen Vorschriften, einander gegenseitig Unterhalt zu gewähren, unbeschadet der Aufrechterhaltung der Unterhaltpflicht der Geschwister fortzusetzen und des verfassungsmäßige Organisationsrecht der Krone einer Änderung jener Zuständigkeitsbestimmungen nicht bedürfe, ist, wie schon erwähnt, doch der Weg der Gesetzgebung auch in dem vorliegenden Falle, wo es sich um die Übertragung dieser Zuständigkeiten auf den Handelsminister handelt, schon der größeren Sicherheit wegen gewählt worden. Damit ist jeder Rechtszweifel völlig ausgeschlossen.

[Der Deutsche Landwirtschaftsrath] ging in seiner Mittwoch-Sitzung zur Beratung des Entwurfs zum bürgerlichen Gesetzbuche über. Folgende Anträge gelangten, wie die „Post“ berichtet, zur Annahme:

Zu Buch IV (Familienrecht), Abschnitt II, Titel 2 (Unterhaltungspflicht): Antrag der Commission:

Verwandte in gerader Linie sollen verpflichtet sein, nach Maßgabe der in den §§ 1481 bis 1496 des Entwurfs B. G.-B. enthaltenen Vorschriften, einander gegenseitig Unterhalt zu gewähren, unbeschadet der Aufrechterhaltung der Unterhaltpflicht der Geschwister fortzusetzen und des verfassungsmäßige Organisationsrecht der Krone einer Änderung jener Zuständigkeitsbestimmungen nicht bedürfe, ist, wie schon erwähnt, doch der Weg der Gesetzgebung auch in dem vorliegenden Falle, wo es sich um die Übertragung dieser Zuständigkeiten auf den Handelsminister handelt, schon der größeren Sicherheit wegen gewählt worden. Damit ist jeder Rechtszweifel völlig ausgeschlossen.

[Der Deutsche Landwirtschaftsrath] ging in seiner Mittwoch-Sitzung zur Beratung des Entwurfs zum bürgerlichen Gesetzbuche über. Folgende Anträge gelangten, wie die „Post“ berichtet, zur Annahme:

Zu Buch V, Abschnitt IV und VI, Titel VIII und Artikel 83—87 des Einführungsgesetzes (Anerbenrecht), Antrag Getto:

Indem der Deutsche Landwirtschaftsrath gegenüber der in den Motiven des Einführungsgesetzes zum B. G.-B. aufgestellten Behauptung, daß ein allgemeines Bedürfnis für ein Anerbenrecht in dem gefaßten Gebiete des Reiches nicht vorhanden sei, daß selbst in den Gebieten, wo die Vorausestellungen für die Einführung des Anerbenrechts gegeben sind, dasselbe gleichwohl nicht begehrte sei und daß dessen Einführung dem Rechtsbewußtsein und einer vielseitigen jährlichen Stammsgewohnheit zu wider fein würde, auf die wiederholt fundgegebenen gegenwärtigen Ausschauungen in zahlreichen landwirtschaftlichen Vertretungskörpern, insbesondere auf die in der Haupthälfte überreinstimmenden Beobachtungen, des preußischen Landes-Ökonomie-Collegii, des bayerischen General-Comités und des deutschen Landwirtschaftsraths hinweisen, erklärt derselbe:

1) Durch das Intestatenerbrecht des Entwurfs in Verbindung mit den Vorschriften der Artikel 83—87 des Einführungsgesetzes ist eine der wirtschaftlichen Natur des ländlichen Grundbesitzes und der Rechtsüberzeugung in vielen Kreisen der ländlichen Bevölkerung entsprechende Erfolge nicht vorgesehen.

2) Die dem ländlichen Grundbesitz entsprechende Form der Erfolge

übrigen Zeugen von den behaupteten Thatsachen nichts wußten, im Gegen-  
theil Vorwürfe unbekundet, wo der Angeklagte jede Viermischerer ver-  
boten hatte. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten nach beiden  
Richtungen hin für überführt und beantragte 150 M. Geldbuße event.  
15 Tage Gefängnis. Der Gerichtshof erachtete jedoch nur einen Fall, in  
welchem das „Gambrinus-Bräu“ in der angeudeuteten Art hergestellt  
worden war, für erwiesen und verurteilte den Angeklagten zu 50 M.  
Geldbuße event. 5 Tage Gefängnis.

[Der Ausfall der Wahlen in Elsaß-Lothringen.] Es  
wurde bereits mitgetheilt, daß in den Reichslanden die Protestpartei  
bei den Wahlen vollständig unterlegen ist. Die „Straß. Post“  
schreibt darüber:

„Die Protestler sind jetzt vollständig von der Bilbfläche weggezogen. Im deutschen Reichstage sitzt kein reichsständischer Abgeordneter mehr, der auf ein protestlerisches Programm hin gewählt ist. Ja, noch mehr, außer Böck in Mühlhausen und Sieffermann in Erstein-Molsheim hatte auch kein Kandidat ein protestlerisches Programm mehr aufgestellt. Und diese beiden protestlerischen Programme waren selbst nur schwache Schatten der früheren Aufsicht, wie sie Antoine, Lalancé u. s. w. erlassen hatten. Dagegen sind von den 15 reichsständischen Abgeordneten 4, nämlich Dr. Petri, Dr. Roth, Dr. Höfle und Baron Hugo Born von Busch, auf ausgesprochen reichsständreue, betont deutschgeprägte Programme hin und nach einer jahrelangen, jedem bekannten Wirklichkeit im deutschen Interesse gewählt worden; zwei weitere, nämlich Lang und Baron von Dietrich, hatten vor der Wahl erklärt, daß sie der Regierung keine Opposition bereiten, sondern mit ihr zusammenarbeiten würden, das Wohl des Landes zu fördern. Karl Gräf hat seit Jahren durch seine Abstimmungen im Reichstag (wegen deren er, ein in beiden Ländern bekannter Nationalökonom und Schriftsteller, in Frankreich den lebhaftesten Tadel erfahren hat) den Beweis dafür gezeigt, daß er für jede Maßregel eintritt, welche die gleichen Zwecke verfolgt. Das sind 7 ausgesprochen reichsfreundliche und positiv an den Bestrebungen der Reichsregierung Mitarbeitende Abgeordnete aus dem Reichslande. Bleiben noch von den bisherigen Abgeordneten: Dölls, Winterer, Simonis, Guerber, und von den neu eingetretenen: Küchly, Mangels und Neumann. Von diesen werden Dölls und Mangels seitens der Meier und Saargemünder Altdeutschen als verlässliche, wackelige Politiker bezeichnet. Die Herren Winterer, Guerber und Simonis wird man mehr oder weniger als zur Opposition gehörig ansehen dürfen; als Protestler darf man sie nach unserer Auffassung nicht bezeichnen. Von altdäischer Seite geschieht das zweitens, aber nach parlamentarischen Be-  
griffen nicht mit Recht. Als zu einer Partei gehörig wird nur der anzugehören, welcher sich selbst als dazu gebürgt erklärt. Die hier in Frage stehenden Herren aber haben bei den verschiedensten Gelegenheiten positiv erklärt, daß sie die Protest nicht angehören. Was schließlich die Herren Küchly und Neumann angeht, so wird man ihre Täglichkeit im Reichstag abwarten müssen, ehe man ein Urtheil über sie fällt.“

k. Bremen, 26. Februar. [Die Stellung der Freisinnigen Bremens] bei der Stichwahl zwischen dem nationalliberalen Papendieck und dem Socialdemokraten Bruhns, in der sie den Ausschlag geben, ist vom Vorstande des hiesigen Vereins der freisinnigen Partei noch nicht offiziell bekannt gegeben, es herrscht aber kein Zweifel darüber, daß sie, soweit sich das überhaupt durch einen Beschluss bestimmen läßt, geschlossen für Papendieck eintreten werden. In diesen Tagen wird die Veröffentlichung dieser Stellung seitens der Freisinnigen erwartet. Es ist ihnen auch nicht sehr schwer gemacht, zu dieser Entscheidung zu gelangen. Papendieck und der verdrängte Kandidat der Freisinnigen, Dr. Barth, standen sich politisch und persönlich sehr nahe, das Programm des ersten ist auch von freisinniger Seite als ein durchaus freisinniges anerkannt und schließlich ist in dem ersten Wahlkampfe hier jede persönliche Gehässigkeit zwischen den beiden liberalen Parteien, deren gegenseitige Führer die besten Freunde sind, vermieden worden. Dazu kommt noch, daß bei einem Vergleich zwischen den beiden in Frage kommenden Persönlichkeiten, zwischen der des tüchtigen und kennenswerten Großkaufmanns Papendieck und der des agitatorisch ganz geschickten, aber im übrigen doch nur unbedeutenden Cigarrenmachers Bruhns, die Wohl des Freisinnigen keine Schwierigkeiten machen kann. Die Verhandlungen zwischen ihnen und dem „Reichsverein“ werden auf freisinniger Seite von Prof. Busse geführt und darin liegt die Gewähr, daß der end-

gültige Beschluß der Freisinnigen zu Gunsten der Kandidatur Papendieck ausfallen wird.

Dortmund, 26. Febr. [Bergarbeiterversammlung.] In einer gestern Abend hier unter Vorsitz des Bergmanns Bunte stattgehabten Bergarbeiterversammlung wurde folgende Resolution, die allen deutschen Bergarbeitern zur Annahme vorgelegt werden soll, beschlossen:

„In Erwägung, daß der im Bergbauwesen zwischen den Bergwerksbesitzern und den besitzlosen Bergleuten bestehende rechtliche und wirtschaftliche Widerstreit nur dadurch vollständig beseitigt und der sociale Frieden nur dann dauernd und sicher hergestellt werden kann, wenn die Bergwerke in den Besitz der dieselben für das Gemeinwohl nutzbar machenden selbstthätigen Arbeiter, Beamten und Leiter derselben übergehen; in fernerer Erwägung, daß, wenn geeignete Rechtsformen geschaffen sind, um die Bergwerks-Unternehmungen zum gemeinschaftlichen Eigentum, oder richtiger Herrenthum, der gegenwärtigen Besitzer und namentlich der sogenannten Aktionäre von Aktiengesellschaften zu machen, es auch nicht schwierig sein kann, andere Rechtsformen herzustellen, welche dieselben in das gemeinschaftliche Eigentum der in ihnen selbstthätigen Leiter, Beamten und selbstständigen Arbeiter umwandeln; in endlicher Erwägung, daß diese und ähnliche Eigentumsumwandlungen, wie insbesondere bei der Befreiung des Bauernstandes und bei dem Übergange der Eisenbahnen auf den Staat, wiederholt durch Enteignung vorgenommen sind, und im kleineren Maßstabe, wie bei der Anlegung von Wegen, Straßen, Kanälen, Festungen, Wasserwerken, öffentlichen Gebäuden u. s. w. auf dieselbe Weise fast alltäglich vorgenommen werden, beschließt die Verfammlung in Gemeinschaft mit dem gesammten deutschen Bergmannsstande, bei dem Reichstage, dem Bundesrat und bei Sr. Majestät dem Deutschen Kaiser darauf hinzuwirken, daß sämtliche deutschen Bergwerks-Unternehmungen durch Enteignung der bisherigen Besitzer in das dauernde, gemeinschaftliche und unveräußerliche Eigentum der in denselben selbstthätigen Leiter, Beamten und selbstständigen Arbeiter übergehen, wie bis zum Völzuge dieses Überganges schließlich ein Bergbau-Notgesez erlassen werde, welches den schwersten gegenwärtigen Kläusen durch etwas unmittelbares Einschreiten der Organe der Staatsbehörden nach Möglichkeit vorläufige Abhilfe zu verschaffen im Stande ist.“

München, 25. Februar. [Der Finanzausschuß der bayerischen Abgeordnetenkammer] hat gestern seine durch die Wahlzeit unterbrochenen Sitzungen wieder aufgenommen. Abermals gab es eine unendliche Debatte über die Prinzipienfrage: Das Centrum beharrt auf seinem Entschluß, durch Streichung notwendiger und nützlicher Forderungen auf den Gebieten der Wissenschaft und der Kunst die königl. Staatsregierung zu weiteren kirchenpolitischen Zugeständnissen zwingen zu wollen. Die Regierung besteht ebenfalls auf ihrem Beschlus, der die Präzisierung des placetum regium nach der Erklärung des Staatsministers Frhrn. v. Luz vom 6. Novbr. v. I. festhält, in der Altkatolikenfrage eine Einigung mit den Bischöfen anstrebt und in Unbetacht der Redemptoristen deren Rückberufung erst dann beantragen wird, wenn ihre Nichtverwandtschaft mit den Jesuiten endgültig festgestellt. Die Liberalen unterstützen die Regierung. Die Clericalen haben gestern, wie die „N. N.“ berichten, von ihrer schwachen numerischen Überlegenheit Gebrauch gemacht und die Forderungen für mehrere Professoren der medicinischen Facultät gestrichen; tritt das Plenum diesem Beschlus bei, so liegt darin eine schwere Benachtheiligung der Universität München und der Bevölkerung wird es kaum klar zu machen sein, was die Verweigerung von Professuren der Heilkunde mit dem Placeit zu thun hat. Allerdings hat der Abgeordnete Walter seiner Partei ein Thürchen offen gelassen; er hat gesagt, komme in Betriff der Altkatoliken eine Vereinbarung der Regierung mit den Bischöfen zustande, so könne ja das Centrum die ohne weitere materielle Prüfung abgelehnten Forderungen sich noch einmal besetzen.

München, 26. Februar. [Hermann Lingg-Feier.] Gestern fand eine verpäte Feier des 70. Geburtstages des Dichters Dr. Hermann v. Lingg unter großartiger Theilnahme der gebildeten Kreise Münchens statt.

Sämtliche literarischen Vereinigungen Münchens, das freie deutsche Hochstift, der deutsche Schriftstellerverband, die Zwanglosen und der Journalisten- und Schriftstellerverein — denen sich die Liedertafel und der Oratorienverein, die Münchener Gemeindekollegen, dann Künstler und Gelehrte, Bewunderer Linggs aus den verschiedenen Ständen, voran die Minister Frbr. v. Feilitzsch und v. Riebel, angezogen hatten, hatten den Feiertag abend veranstaltet. Nach dem Festlied hielt Hofrat Maximilian Schmidt die Begrüßungsrede Namens der vier literarischen Vereine, den Veranstaltern des Festabends. Nachdem der Redner in herzlichen Worten den Jubilar, sowie die Gäste begrüßt und allen Mitwirkenden seinen Dank ausgesprochen, sagte er: Das Sprichwort: „Der Prophet gilt nichts in seinem Vaterlande“, trifft bei uns nicht zu, Bayern hat von jeher seine großen Männer zu ehren gewußt. Unter der Münficenz hochfürstlicher Fürsten war unser Vaterland von jeher eine Heimstätte für Kunst, Wissenschaft und Poesie sowohl für Einheimische als Fremde, und kein anderes Land auf dem ganzen Erdkreis vermöchte im Verhältniß eine gleiche Zahl unsterblicher Geistes- und Kunstrohren aufzuweisen, wie unser gesegnetes Vaterland. Dieses habe auch den hohen Werth Meister Linggs wohl anerkannt und gewürdig, dies zeige die hohe Auseinandersetzung von Seiten unsres für alles schöne Schaffen hochgefeierten Prinz-Regenten, dann die hohe Ehrengabe unserer, alles wahre Verdienst mit Dank anerkennenden Haupt- und Residenzstadt München, dies zeigen die ungezählten Beweise von Verehrung, Liebe und Freundschaft, womit ihm an seinem Jubeltage neben dem Lorbeer der großen Welt seine Mitbürger huldigten. Der Redner bat dann den Jubilar, auch den Ehrenkrantz der Festgeber als einen frohen Heimatstrug entgegennehmen zu wollen, und überreichte ihm den Lorbeer mit dem Wunsche, daß sein lichter Geist, sein kraftiges und jugendliches Herz uns noch mit vielen Gaben seiner herrlichen Muse beschaffen möge. Er schloß unter brausendem Jubel mit einem „Hoch auf den gesegneten Landsmann, den gottbegnadeten Dichter“, in welches die ganze große Festversammlung mit stürmischer Begeisterung einstimmte. Hermann Lingg sprach, von tiefster Rührung ergriffen und doch von freudigem, gerechtem Stolze das Herz geschwelt, folgende Worte: „Ich danke Ihnen, meine hochverehrten Herren und Freunde, für Ihren mit dem Lorbeer geschmückten Willkommungskreuz. So halt' ich ihn denn, diesen edlen Zweig, von dem man in jungen Jahren geträumt, nach dem man sich gesehn, und um den man gerungen und gekämpft hat. Aber nicht ohne Zögern empfange ich ihn, ich frage mich, ob denn auch mein Werk und Schaffen so ganz aus eigener Kraft und Geistesfülle hervorging, um den Lorbeer zu verdienen, ob wir Zeitgenossen nicht das Meiste den mächtigen Geistern vor uns verdanken. Aber ich sage mir auf diese Frage dann auch, daß, wie jedes Volk, so auch jede Zeit das Bedürfnis und das Recht hat, einige der Mitlebenden auszuzeichnen — weniger wegen ihrer Verdienste, als aus Sympathie. Und als Zeichen dieser herzlichen Sympathie, Ihrer und Derer, für die Sie sprechen, ersaffe ich diesen Lorbeer, und auch meinerseits beglückwünsche ich Sie und drücke Ihnen meine Freude aus, daß es gelungen ist, meinem Ehrentage noch eine Fortsetzung zu geben. Sie haben mir zu allen Geschenken noch ein ganz besonderes hinzugefügt, Sie haben mir volle vier Wochen geschenkt und ich bin heute nicht älter als am 22. Januar. Die Ursache, welche die Verschiebung des Festes nötig machte, hat somit auch Ihr Gutes gehabt und bewiesen, daß Ihre freundliche Gestaltung für mich und Ihr edler Eifer um nichts seither erkaltet sind, und das will schon viel heißen in einer Zeit, in der der nächstfolgende Tag gar oft die vorhergegangenen begrüßt und in Vergangenheit versetzt. Die Dauerhaftigkeit ist auch ein Brüllstein der Dinge, und ich kann wohl behaupten, daß auch in mir die Gefühle des Dankes die gleichen warmen geblieben sind und dieselben bleiben werden — unauslöschlich wie die Erinnerung an diesen ersten und doch so freudig erebbenden Tag. Nochmals meinen herzlichen Dank!“ Raum war das lezte Wort Linggs unter jubelnden Zurufen verhaft, so eröffnete Bebers Jubelouverture den Reigen neuer Huldigungen. Einem schwungvollen Gedichte von Dr. Karl Bettel folgte eine warne Aufsprache des Bürgermeisters Dr. von Widmannmayer, an welche sich zahlreiche andre Topte anschlossen. Mit den Reden wechselten künstlerische Vorträge.

## N u ß l a n d .

[Über die Kindermörderinnen in Warschau] wird gemeldet, daß ihnen bereits 76 Morde nachgewiesen wurden. Die Skoblinski, seit Jahren verwitwet, die Leiterin dieser weiblichen Mörderbande. Sie wohnte mit ihrer Schwester, einer Frau Agnes Stanowits, und ihrer 22-jährigen Tochter Sophia zusammen. Eine zweite Tochter, Susanna Kubek, vervollständigte nebst einer Freundin, Rosalie Masalski, dieses Consortium. Die Wohnung der Skoblinski war nur eine sehr kleine, und da sich nicht immer sofort Gelegenheit bot, die Leichen der armen ermordeten Säuglinge fortzuschaffen, wurden dieselben oft tagelang im Ofen

## Stadt-Theater.

Mittwoch, den 26. Februar:

„Die Meistersinger von Nürnberg.“

Obgleich Wagners Meistersinger seit Jahren auf unserer Bühne heimisch sind, will sich doch ein reges Interesse dafür noch immer nicht einstellen. Die Aufführungen sind verhältnismäßig schwach besucht, und zu einem allgemeinen Beifall kommt es gewöhnlich nur noch den Quintett und nach der Schlusscene des letzten Actes. Die Bayreuther Vorstellungen haben dem Werke allerdings manchen neuen Freund zugeschafft, und Viele, die vorher an Wagners Humor überhaupt nicht glaubten, sind eines Besseren belehrt worden, aber die Auprüche, die man an eine Meistersinger-Aufführung nun mehr stellt, sind erheblich erhöht worden. Solisten, Chor und Orchester können an einer Provinzialbühne nicht so vorzüglich sein, wie in Bayreuth; ja selbst an Hosbüchern ersten Ranges werden sich manche Mängel bemerklich machen, die im Wagner-Theater nicht zum Vorschein kommen. Daß unser Orchester für eine sinngemäße Wiedergabe der Meistersinger numerisch zu schwach ist, ist früher bereits wiederholt gesagt worden; unser Streicherchor müßte doppelt so stark sein, wenn er mit den Bläsern gleichen Schritt halten wollte. Kommt nun noch dazu, daß durch irgend einen Zufall Lücken entstehen, deren Ausfüllung unmöglich ist — am Mittwoch z. B. wirkten nur zwei Violoncellisten mit — so wird naturgemäß die Gesamtwirkung eine noch geringere. Trotzdem würden wir uns mit unserm Orchester begnügen können, wenn es nur discrete begleite. Unsere Bühne verfügt in dieser Saison über keine großen Stimmen, und es ist deshalb doppelte Vorsicht und doppelte Nachgiebigkeit seitens der Instrumentisten nötig. Die Begleitung soll für die Sänger ein Stützpunkt sein, nicht aber sie zu vermehrter Kraftanstrengung und zum Forcieren der Stimme veranlassen. Herr de Bries, der den Walther von Stolzing mit anerkennenswerter Frische und großer Sicherheit sang, hatte seine liebre Not, um sich am Schlusse des ersten Actes, wo es ja ohnehin etwas bunt durcheinander geht, überhaupt noch vernehmlich zu machen, und Herren Schneider (Hans Sachs) gelang es noch weit weniger, dem Tosen des Orchesters Trost zu bieten. Wie mag wohl Herr Brandes dazu gekommen sein, sich den Hans Sachs, der neben dem Tell stets seine beste Rolle war, aus den Händen winden zu lassen? Herr Schneider stellte es an Mühe und Eifer nicht fehlen, — sogar der früher stets gestrichene Wahn-Monolog wurde blos gesungen — aber es gelang ihm nicht, jenen halb poetischen, halb philistrischen Ton zu treffen, der den Nürnberger Dichter und Schuster charakterisiert. Am wenigsten genügte Herr Grosser als Beckmesser. Die Rolle des hochgelahrten Stadtchreibers liegt seiner individuellen Begabung zu fern, als daß er daraus etwas machen könnte. Auch in gesanglicher Hinsicht traf Herr Grosser nicht das Richtige. Das Meiste kam so abgehakt und trocken heraus, daß man oft kaum wußte, ob es gesungen oder nur gesprochen wurde. Herr Grosser ist indessen ein so verständiger und leistungsfähiger Darsteller, daß es ihm bei den Wiederholungen der Oper gewiß gelingen wird, seinen Beckmesser wenigstens in den Hauptzügen zu korrigieren. Die Frauenrollen waren durch Fr. Burchard und Fr. Beyer angemessen besetzt; die Letztere sah als Amme Eva gar zu jugendlich aus. Eich-

tiges leisteten Herr Halper (Pogner) und zum großen Theil auch Herr Walter Müller (David); die Meistersinger, deren Namen und Stand man auf dem Theaterzettel nachlesen mag, erwiesen sich zumeist als sicher und zuverlässig. Die Chöre genügten; die Lehrbuben, die zum Theil bereits recht stattliche Bärte trugen, stößen bisweilen durch das Übermaß ihrer Posse.

Wirkliche Meistersinger-Melodien scheint Wagner nur wenig gekannt zu haben; seine Parodien würden sonst etwas anders ausfallen sein. Sollte es jemand interessieren, zu erfahren, wie die Melodien der Meistersinger im 16. Jahrhundert ausgesehen und geklungen haben, der lasse sich auf unserer Stadtbibliothek Adam Puschmanns Singebuch, einen starken Folianten, der über 300 Meistersieder enthält, vorlegen. Man wird darin u. A. finden: den goldenen Ton von Sixtus Beckmesser, die Steigeweise von Pogner, die Maineweise von Eichlinger, die Schrankweise von Hans Foll, den Paratzen von Friedrich Köster, den Leidton von Konrad Nachtigall, den langen Ton von Hermann Dertel und von Hans Sachs nicht weniger als 13 vollständige Melodien. G. Bohn.

## Frankreich in Afrika.

### I.

Wie in dem Leben des Einzelnen die Entscheidung über den Erfolg seines ganzen Werks bisweilen in die kurze Spanne einer Stunde sich zusammendrängt, so giebt es im Dasein der Völker Augenblicke, in denen sie selber unwiderstehlich ihre Zukunft zu bestimmen haben. Solch eine bedeutungsvolle Zeit brach für Europas Culturnvölker an mit dem Beginn des 16. Jahrhunderts. Die großen Entdeckungsfahrten erweiterten wie mit einem Zaubertrank die Grenzen der Welt. Es begann die Theilung der Erde unter Europas Nationen. Deutschland und Italien überraschte diese entscheidungsreiche Zeit unvorbereitet. Der politische Zerfall in Deutschland noch durch das Eindringen religiöser Gegenseite vermehrt und verbittert) schloss diese Länder aus von der Wahn frischen, schöpferischen äußeren Wirkens. So fiel die Erne ganz den Völkern West-Europas zu. Mit ungünstiger überstürzter Begier rastten Spanier und Portugiesen ungeheure Ländermassen zusammen und erjähpten in deren hastiger Ausbeutung ihre eigene Kraft. Später, aber mit dem nachhaltigsten Erfolge, trat England ein in den Weltbewerb. Die glückliche Insellage bewahrte es vor der Gefahr, seine Kraft in den Reibungen der europäischen Staaten aufzubrauchen. Jede Einmischung in die Politik des Continents ließ es sich bezahlen mit großen Erwerbungen in fremden Erdtheilen. Mit bescheideneren Mitteln, aber ebenso zielbewußt, ging Holland denselben Weg. Auch in Frankreich hat der Drang, der Nation einen weiteren Schauplatz für die Beihaltung ihrer Kraft zu suchen, oft und energisch sich geregelt. Aber die Leiter seiner Politik haben in den entscheidenden Augenblicken fast regelmäßig fehlgegriffen. Sie haben kein Opfer an Geld und Blut gebracht, um Deutschlands Zerrüttung zu vollenden und von seinem Leibe ein Glied nach dem anderen abzulösen, und über dieser kurz-sichtigen Gier, die ihnen keine dauernde Frucht tragen konnte, gingen die hoffnungsvollen Ansätze zur Gründung eines neuen Frankreichs

jenseits des Meeres verwahrlost in Trümmer. Noch in der Mitte des vorigen Jahrhunderts war es eine offene Frage, ob Ostindien eine französische oder eine englische Colonie werden würde, ob den Franzosen oder den Engländern an Nordamerikas Beherrschung und Bevölkerung der Hauptanteil zufallen würde. Wie ein Richtertrunk der Weltgeschichte trifft dem heutigen Beurtheiler die Thatache entgegen, daß Frankreich aus der langen Reihe von Kriegen, die seine Eroberungsjahre über Europa verhängt hatte, 1815 hervorging mit dem nahezu vollständigen Verlust seiner überseeischen Besitzungen, das will sagen, mit dem Verlust großer Zukunfts Hoffnungen, an deren Begründung seine edelsten, weithinbekannten Männer vergebens gearbeitet hatten. Von seinem großen Colonialbesitz blieb ihm in Amerika nichts weiter als die Fischereistationen St. Pierre und Miquelon vor Newfoundlands Küste, die Antilleninseln Martinique und Guadeloupe, dazu Cayenne auf dem südamerikanischen Festland. In Ostindien behielt es fast nur Pondichery, im Umkreis Afrikas die Insel Réunion und um die Senegalmündung die Posten Arguin, St. Louis, Gorée, Rufisque.

So war Frankreich beim Abschluß der napoleonischen Zeit aus der Reihe der großen Colonialmächte thatsächlich ausgeschieden, und die Bourbonen bezeugten zunächst gar keine Regierung, an diesem Thalbestand etwas zu ändern. Sie hatten auch in diesem Punkte nichts gelernt und nichts vergessen; störend in die inneren Verhältnisse der Nachbarländer einzugreifen, erschien ihnen viel wichtiger, als für Frankreichs Zukunft durch Erwerbungen in der Ferne zu arbeiten. Dennoch konnte das auf die Dauer nicht unterbleiben. In einer Zeit, welche viele Tausende alljährlich aus der europäischen Heimat drängt, um in der neuen Welt ihr Glück zu suchen, um dort unterzutauchen in der Flut eines fremden Volksstroms und dessen Kraft zu stärken, ist der Besitz eines als Ziel der Auswanderung geeigneten Coloniallandes für jede Nation eine Forderung ihrer Zukunftshoffnungen. Hängt das Schwergewicht eines Volkes in bedeutendem Grade ab von der Ausdehnung seiner Sippe und von seiner Kopszahl, dann muß notwendig ein Stillstand seiner Machtentwicklung, also ein Zurückbleiben hinter weiterstrebenden Nationen eintreten, wenn sein Gebiet der Volksdichte sich nähert, welche ohne Gefährdung der gesunden wirtschaftlichen Verhältnisse nicht überschritten werden kann. Der Überdruck des Wachstums geht durch Auswanderung in die Fremde der eigenen Volkskraft verloren. Erhalten kann er dem Vaterland nur werden, wenn er in ein mit diesem politisch verbundenes Gebiet gelenkt wird und dort seine Nationalität bewahrt. Man könnte glauben, für Frankreich liege ein solches Bedürfnis nach Raum für den Zuwachs der Bevölkerung am wenigsten vor, weil seine Volkszahl bekanntlich nur langsam wächst. Aber diese Thatache lehrt nur, daß Frankreich bereits der Grenze der wirtschaftlich wünschenswerthen Bevölkerungsdichtigkeit sich sehr genähert hat. Die Kinderarmuth der Ehen hängt keineswegs zusammen mit der physischen oder moralischen Entartung des Volkes, sondern mit der begreiflichen Scheu vor der nahenden Überbevölkerung und ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten. In Canada ist die Vermehrung der Franzosen außerordentlich stark, bedeutender als die des englischen Volkslements. Könnte man der Bevölkerung des Mutterlandes ähnliche, vor Volksvermehrung günstige Bedingungen eröffnen, so

verstellt. Der entsetzliche Verwesungsgeruch, den sie von da aus verbreiteten, störte die Weiber aber keineswegs; ruhig wohnten, aßen und schliefen sie in der Behausung. Dass hunderte von neugeborenen Kindern diesen Megären zum Opfer gefallen, erscheint außer allem Zweifel; nahm die Stobinski doch schon seit fünf Jahren Säuglinge zum „Großziehen“ in Pension. Bei der genauen politischen Durchsuchung der nur zum Theil ausgebrannten Wohnung wurden nicht, wie es anfänglich hieß, 8, sondern 14 Kinderleichen vorgefunden. Ein derselben, blutüberströmt und mit eingeschlagenem Schädel, war zwischen einem Kasten und der Wand eingeklemmt. Frische Blutspuren und an der Eisen-Ginfassung des Kamins lebende Gehirntheile deuteten auf die Todesursache. Und mitten unter der gaffenden Menge stand jetzt, im Hause des brennenden Hauses, die Mörderin und freute sich der aufwirbelnden Lühe, die alle Spuren ihrer letzten Verbrechen verwischen sollte. Sind Warschauer Blätter recht berichtet, so beginnt sie sogar noch während des Brandes ein neues Verbrechen. Mit einem Kinde auf dem Arm hatte man sie beim Ausbruch derselben über den Hof flüchten sehen; sie wollte es bei Nachbarn untergebracht haben! In Wirklichkeit aber hatte sie es in einem Nachbarhofe im Freien ausgesetzt; dort fand man später das ungünstliche kleine Wesen — erfroren. Von allen ihren Pfleglingen kamen nur vier (nach anderen fünf) den Arzten lebend zu Gesicht. Sie waren von der Frau Kubel — um jeden Verdacht abzuwenden — gerettet, d. h. unter großem Geschrei aus dem brennenden Hause getragen worden. Das Aussehen dieser armen, zu Skeletten abgemagernden Wesen war ein entsetzliches. Hätte die Polizei nicht sofort ihre Hand auf diese entmenschlichen Weiber gelegt, das Volk würde sie an Ort und Stelle gehängt haben. Uebrigens verlaufen, dass in Folge der bei der Stobinski gemachten Entdeckungen die Polizei allgemein umfassende Revisionen bei anderen Warschauer Gebäumen vornahm und noch zwei ähnliche Mördergruben entdeckte. Die Warschauer Blätter aber plauderten auf das Wärme für die Wiedereinführung des fälschlich abgeschafften „Korbes“ beim Findelhause — in welchem, ohne dass die Mütter sich zu zeigen brauchten, die Neugeborenen dem Findelhause übergeben werden konnten — und weisen darauf hin, dass sich seit Abschaffung des „Korbes“ die Kindermorde wesentlich gesiegert haben.

## Provinzial - Zeitung.

An unsere Correspondenten in der Provinz  
richten wir das dringende Ersuchen, uns von dem Auffall der  
Stichwahlen so schnell wie möglich telegraphisch Mittheilung  
zu machen.

Breslau, 27. Februar.

Entgegen den uns von geschärfster Seite zugegangenen, in Nr. 142 wiedergegebenen Ausführungen in Sachen des Wahlverfahrens wird uns von berufener Seite geschrieben, dass zwei oder mehr in einander gesetzte Zettel vom Wahlvorsteher zurückweisen und nicht in die Urne zu legen sind. Ist dies dennoch geschahen und findet sich in Folge dessen eine Differenz zwischen der Zahl der erschienenen Wähler und der aus der Urne genommenen Zettel, so kann der Wahlvorstand zur Aufklärung hervorheben, dass qu. Zettel zusammengefasst vorgefunden sind. — derselbe hat aber nicht das Recht, zu beurtheilen, ob ein dolus oder ein Versehen vorliegt; er hat deshalb nicht beide oder einen Zettel für ungültig zu erklären, sondern muss sämmtliche aus der Urne genommene Zettel für gültig erachten, wenn nicht die im § 19, 1 bis 5 des Wahlreglements bezeichneten Mängel vorliegen. Zur Abwehr des Versuchs, mehr als einen Zettel abzugeben, dient also nur die Bestimmung am Schluss des § 15: „Insbesondere hat derselbe (der Wahlvorsteher) auch darauf zu achten, dass nicht statt eines mehreren Stimmenzettel abgegeben werden.“

\* Vom Provinzial-Ausschuss. Am 25. I. Mis. wird der Provinzial-Ausschuss auf Einladung seines Vorsitzenden, Grafen v. Stosch auf Hartau, zu einer Sitzung von voraussichtlich zweitägiger Dauer im Stände hier selbst zusammentreten.

würde auch ihr Wachsthum wieder sich beschleunigen. Auch Frankreich fehlte es an Raum, man möchte sagen, an Lust und Licht für die freie Entwicklung seiner Kräfte.

Dafür bot sich nun ganz ungestört durch einen glücklichen Zufall ein Feld, wie es vortheilhafter die sorgfältige Überlegung nicht hätte wählen können, in den Atlasländern. Eine schwere Belästigung des französischen Gesandten durch den Dey von Algier, die nur durch die Entthronung des übermächtigen Despoten geführt werden konnte, nötigte Frankreich 1830 zur Einnahme Algiers, an welche sich in dem natürlichen Fortgang der Ereignisse bald die Besiegung der übrigen wichtigsten Küstenplätze, endlich die Besiegung des ganzen Landes anschloss. Lange war man unschlüssig, ob man die Eroberung festhalten solle oder nicht. Bis um die Mitte des Jahrhunderts schwankte die Entscheidung, und gerade diese Unsicherheit forderte größere Opfer als ein festes Zugreifen mit sicherer Hand. Trotzdem begann schon in den ersten Jahrzehnten die Colonisation des Landes. Sie hatte anfangs einen schweren Stand gegenüber der Feindseligkeit der einheimischen Bevölkerung und gegenüber dem tüchtigen Klima. Gerade bei der Wiedereroberung lange verwahrlosten Bodens für die Cultur, z. B. bei der Entzündung der fruchtbaren Ebene Metidje in unmittelbarer Nähe der Hauptstadt wurden Tausende von Anwohnern hingerichtet von der Malaria. Aber diese Hindernisse erwiesen sich nicht als unüberwindlich. Der Widerstand der Kabylen ward gebrochen. Das Klima gilt heut als durchaus geeignet für die Ansiedlung, wenigstens der Bewohner des südlichen Frankreichs, die eine von der heimischen nicht allzu verschiedene Wärmevertheilung hier vorfinden, auch eine ähnliche Vertheilung der Niederschläge. Heute ist es bereits entschieden, dass Algier zwar kein Java, kein Jamaica ist, keine reiche, zu unerschöpflicher Ausbeutung lockende Prärie, wohl aber ein zur Colonisation vorzüglich beanlagtes Land gleich Canada, Südafrika und manchen Theilen Australiens. Nur 30 Dampferschiffe von Marseille entfernt, bedeutet dies Nebenland einen beträchtlichen Machtzuwachs Frankreichs. Ein einflüsteriger Volkswirth bezeichnet die Erwerbung Algeriens als das wichtigste Ereignis der neuern Geschichte Frankreichs. Blühende Städte jähren wieder da lange nur von Piraten belebte Ufer, Eisenbahnen durchziehen das Innere bis an den Rand der Wüste, und mitten in ihr wecken die artesischen Brunnenbohrungen in manchen schon dem Erdboden nahen Däsen neues Leben. Wenn auch von den 6000 Quadratmeilen des Landes kaum die Hälfte einer intensiven Cultur fähig ist, steht doch sicher ein starker Aufschwung der Bevölkerung in Aussicht. In den kleinen Bergmassiven der Küste wohnen die ackerbauenden Kabyles schon jetzt wesentlich dichter zusammengedrängt als die Landbevölkerung Schlesiens. Im Ganzen zählt Algerien mit Auschluss von 65000 französischen Soldaten eine Bevölkerung von  $\frac{3}{4}$  Millionen, davon  $\frac{1}{4}$  Millionen Muhamedaner. Von den 425000 Europäern sind die Hälfte Franzosen. Ihr Anteil an der Bevölkerung wächst nicht sehr rasch. Nur 4500 wandern jährlich neu ein, während etwa 10000 nach Amerika gehen. Auch die Naturalisierung von Eingeborenen geht langsam vorwärts, da zu wenig geschehen ist, auf eine Verschmelzung der Nationalitäten, auf eine Annäherung der Araber und Berber an die Herrschenden hinzuwirken. Das Schulwesen, der wirksamste Hebel einer Annäherung, ist ganz unzureichend entwickelt. Auch die Verleihung des Bürgerrechts an die

\* Vom Lobe-Theater. Die Kassenerfolge bei den Aufführungen des „Kernpunkt“ veranlassen die Direction, das Stück auf dem Repertoire zu lassen und erst in nächster Woche abwechselnd mit demselben „Die Ehre“ und den „Fall Clémenceau“, wonach große Nachfrage herrscht, aufzuführen. Die Proben zu „Das Bild des Signorelli“ nehmen inzwischen täglich ihren Fortgang. Das vom Director Witte-Bild zur Aufführung angenommene Tolstoi'sche Drama „Die Macht der Finsternis“ wird mit Genehmigung des Verfassers einer Umarbeitung für die Bühne des Lobe-Theaters unterzogen.

\* Residenz-Theater. Zu der großen Fossen-Novität „Berolina“ finden täglich Proben statt auch die Ausstattung geht der Vollendung entgegen.

\* Fräulein Olga Morgenstern wird noch eine Märchenvorlesung für Kinder Sonnabend, 1. März, Nachmittag, im Musiksaal der Universität halten.

\* Einer der sechs Dissidenten, welche in der deutschfreimünnigen Wahlcomitessitzung am Sonntag, ihre Bedenken gegen eine gemeinsame Bekämpfung der Socialdemokratie ausgedrückt haben, erzielt uns, mitzuteilen, dass er sich nicht auf den Boden des Beschlusses gestellt habe.

\* Österreichisch-ungarisches Consulat. Wie wir vernehmen, ist der bisherige österr.-ungarische Consul in Turn-Severin, Herr Marcell Cseh v. Szent-Katalna, f. u. f. Kämmerer, zum österr.-ungarischen Consul in Breslau ernannt worden. Derselbe soll Ende März in Breslau eintreffen. — Der bisherige Consul, Herr Cornel Stadler, ist zum Generalconsul ernannt worden.

\* Kriegerheim in dem Bade Gozalkowiz. Der Krieger-Verein zu Breslau O.S. hat an die Krieger-Vereine Deutschlands ein Antheilreiseleben mit der Bitte um einen einmaligen Beitrag aus der Vereinskasse zur Gründung genannten „Kriegerheims“. Beiträge nimmt Ober-Telegraphen-Assistent König in Breslau O.S. entgegen.

\* Unbesetzte städtische Ehrenäute. In nächster Zeit sind in unbesetzte städtische Ehrenäute zu wählen: Je 1 Schiedsmann für den Mühl- und Bürgerwerder, den Neufechting, den Neue Welt, den Rosen-Bezirk II. Abtheilung, den Schlachthof- und Ursuliner-Bezirk; ferner sämtliche Mitglieder der Klasseneuer-Reclamations-Commission für das Etatjahr 1890/91.

\* St. Corpus-Christi-Kirche. Freitag, den 28. Februar. Alt-katholischer Gottesdienst Nachmittags 5 Uhr, Fastenpredigt und Segen: Pfarrer Herter.

\* Besitzeränderungen. Gartenstraße 34, Berliner Particulier Joseph Hamburger'sche Eben, Käufer Rentier Kunike. — Gartenstraße 43 und Höfchenstraße 14, Berliner praktischer Arzt Dr. David Kuhn, Käufer Conditor J. Simon. — Andersohnstraße 6 und 8, Berliner Malermeister Wilhelm Otto, Käufer Kaufmann Eduard Böhnhoff. — Katharinenstraße 3 und Biegengasse 8, Berliner Uhrmacher Hermann Alexander und Frau Kaufmann Louis Majud, Käufer Kaufmann Benno Schenk. — Ernststraße 10, Berliner Kaufmann Marcus Fuchs, Käufer offene Handels-Gefellschaft Carl Böhme. — Gröbichenstraße 81, Berliner Milchhändler Robert Bernhardt, Käufer Malermeister Max Erdmann. — Höfchenstraße 27, Berliner Malermeister Max Erdmann, Käufer Milchhändler Robert Bernhardt. — Kaiser Wilhelmstraße 38, Berliner Herdenthe Eben, Käufer Kaufmann Hermann Leipziger. — Luisenplatz 14 und 16, Berliner verehrter Zimmermeister Heyer, Käufer Kaufmann Silberberg. — Neudorfstraße 78, Ecke Sedanstraße 34 und Neudorfstraße 80, Berliner Preußisch-Immobilien-Aktienbank in Berlin, Käufer Kaufmann Koch.

\* Feuer-Rettungs-Verein. Die nächste Monatsversammlung der Mitglieder des Vereins findet Montag, 3. März cr., im Vereinslocal Pariser Garten, Weidenstr. 21, I. Et. — statt. In derselben wird über die vorbereitenden Schritte zu dem im Juni d. J. hier stattfindenden Provinzialtag der freiwilligen Feuerwehren Schlesiens und Posens berathen werden.

— — — Frühjahrs-Pferdemarkt in Krakau. Wie dem Magistrat mitgetheilt werden, wird der Frühjahrs-Pferdemarkt in Krakau am 10. März 1890 eröffnet werden und durch 5 Tage dauern. — Am 11. März cr. findet am Platze „Na Groblach“ dafelbst auch ein allgemeiner Bauern-Pferdemarkt statt. — Auskunft erhält das III. Departement des dortigen Magistrats.

\* Grünberg, 25. Febr. [Verlosung.] — Besuch des Fürstbischofs. — Nachwesen der Influenza.) Besuch Vermehrung seiner Mittel ist dem hiesigen Frauen-Verein die Ausgabe von 4000 Losen

30 Pf. genehmigt worden. Zahlreiche, zum Theil sehr werthvolle Gewinne gegenständen sind dem Verein für die Verlosung übergeben worden. Heute Vormittag 10 Uhr fand die Gröfzung der Ausstellung der Gewinne gegenständen durch eine Ansprache des Pastors prim. Ponicer statt. Der Besuch der Ausstellung war der ganzen Tag über ein sehr guter. Um das Zustandekommen des segensreichen Unternehmens hat sich Frau Stadtrath Schönknecht große Verdienste erworben. — Der Fürstbischof von Schlesien wird kommenden Sommer auch unserer Stadt einen Besuch abstatzen und dabei das Sacrament der Firmung vornehmen. — Bei verschiedenen Personen, welche von der Influenza befallen waren, sind in den letzten Tagen Rücksäle eingetreten; es haben sich schwere Lungenerkrankungen eingestellt.

\* Sprottau, 26. Februar. [Holzauction.] Bei der gestern im städtischen Forst auf dem Revier Eckerwaldau stattgefundenen Holzauction war die Nachfrage nach Brennholz weniger lebhaft. Die Einnahme betrug rund 800 Mark. Dagegen fand das Brennholz und das Kiefern Reißig bei der Auction, welche vorigestern auf dem Revier Saganisch-Küpper, Gütschtor von Wittgendorf, abgehalten wurde, reichen Erfolg. Für 2 Raummeter Kiefern Scheitholz I. Sorte, welche mit 9 M. in der Ware angezeigt waren, wurden 12 Mark und darüber gezahlt. 2 Raummeter eben solches Holz, aber II. Sorte, dessen Ware 7,50 M. betrug, erzielte einen Preis von 10—11 Mark. 100 Kubikfuß Kiefern Reißig, auf 5 Mark taxirt, kosteten 7—8 Mark. Auch das Bauholz wurde zu guten Preisen verkauft. Eichen und Birken wurden weniger begehrt. Die Einnahme bejegt sich auf 1800 Mark. Heute findet auf leichtgenanntem Revier der Verkauf von Nutzholz statt.

\* Militsch, 26. Februar. [Feuer.] In den im Hause des Samariterhauses zu Krauschütz belegenen Wirtschaftsgebäuden brach am Sonntage Feuer aus, welches trock. schnell herbeigeeilte Hilfe auch das angrenzende, die Station für abschreckende Steche bergende Gebäude erfasste, so dass es nur dem mutigen Vorzeige der Rettungsmannschaften gelang, die darin befindlichen Kranken unverfehrt heraus zu bringen. Leider aber hatten vier derselben so von dem die Räume füllenden Rauche gelitten, dass sie trock. ärztliche Hilfe verstorben sind. Als Entstehungsursache wird Brandstiftung durch einen schwachmütigen Pflegling angenommen. — An demselben Tage brannte die zum Dominium Giechowitz gehörige Scheuer mit Inhalt gänzlich nieder.

\* Ohlau, 26. Februar. [Communales.] — Influenza unter Pferden. — Marktverlegung.) Seitens des hiesigen Magistrats war auf den 8. December d. J. der zweite Tag des Weihnachtsjahrmarktes angelebt worden. Der tag Regierungspräident hat diesen Termin, da auf denselben ein hoher katholischer Feiertag (Maria Empfängnis) trifft, als Jahrmarktstermin abgelehnt. Mit Rücksicht auf die Bedeutungslosigkeit dieses zweiten Jahrmarkttages und in Erwägung, dass ein weiteres Hinauschieben derselben auf den Christmarkt zu nicht im Interesse der hiesigen Gewerbetreibenden liegt, hat der Magistrat beim Provinzialrath die Aufhebung des zweiten Markttages für das Jahr 1890 beantragt. Die letzte Stadtverordnetenversammlung erklärte sich hiermit einverstanden. In derselben Versammlung wurde mitgetheilt, dass der Bezirkstaatssatz zu Breslau die Urkunde, betreffend die Entnahme eines zinsfreien Darlehns aus dem Landesvermögensfonds zur theilweisen Deckung der vorjährigen Hochwasserschäden, wegen eines Formfehlers beanstandet hat. Die Versammlung genehmigte aufs Neue die Schuldkunde. Zur Beschaffung eines Ehrenpreises für die Mitte März hier abzuhalten Geplagte Ausschreibung eines Kreissvereins für Gestüge und Rieostaubenzucht wurden 30 M. bewilligt. Mit dem auf Anregung des Provinzial-Schulcollegiums zu Breslau eingereichten Magistratsantrage, dass bei Verleihung von Beamten und Militärs, für deren Söhne, sofern sie von einer auswärtigen höheren Lehranstalt in das hiesige Gymnasium übernommen werden oder aus dem hiesigen Gymnasium einer anderen höheren Lehranstalt zugeführt werden, das Schulgeld nur für diejenigen Monate erhoben wird, während welcher für Schüler des Gymnasiums sind, erklärte sich die Versammlung einverstanden. — Unter den Pferden der Witfrau Langen in Halbendorf ist die Influenza ausgebrochen. — Wegen der am Sonnabend, 1. März d. J., stattfindenden Reichstags-Stichwahl wird der auf diesen Tag fallende Wochenmarkt nicht abgehalten. Es findet dafür schon Freitag, 28. d. M., ein solcher statt.

\* Beuthen O.S., 26. Febr. [Strike.] Seit mehreren Tagen striken hier die Tischlergesellen. Dieselben haben an ihre Collegen in Katzbach zu Händen des „Alteigessen oder Herbergsvaters“ nach dem „Oberschl. Ans.“ einen Aufruf erlassen, in welchem sie darum eruchen, Buzug fernzuhalten.

\* Laurahütte, 23. Februar. [Communales.] — Feuerwehr. — Consul-Verein.) Die Versammlung der wahlberechtigten Mitglieder der Gemeinde Laurahütte beschloss die Annahme des entworfenen Statuts.

alte einheimische jüdische Bevölkerung, welche Crémieu 1871 durchsetzte, hat unverkennbar zweischneidig gewirkt. So begreiflich der Wunsch war, durch diese Maßregel einen Theil der Eingeborenen von ihrer ganzen Masse abzulösen und zu rascherem Anschluss an die französische Nationalität zu bestimmen, so hat sich damit dort die Kluft zwischen Franzosen und Muhamedanern nur noch mehr erweitert. Die Muhamedaner fühlen sich schwer gekränkt, und die billigsten, der Verhältnisse kundigsten Beurtheiler sind einig darin, dass den Rechten dieser weitaus größten Mehrzahl der Bevölkerung nicht gebührend Rechnung getragen werde. Aber trotz aller Verläumisse und Fehlgriffe der Verwaltung kann die Wichtigkeit der Erwerbung Algeriens heut nicht mehr in Zweifel gezogen werden. Allerdings ist es nicht möglich, diesen Gewinn in einer einfachen Rechnung auszudrücken. Denn die Franzosen colonisieren etwas theuer. Der Aufwand, den die Erwerbung, die Einrichtung und der Schutz dieser Kolonie Frankreich gekostet haben, ist ungeheuer. Er beläuft sich auf 5 Milliarden, denen nur  $\frac{1}{4}$  Milliard Einnahmen gegenüberstehen. Noch jetzt verlangt Algerien jährlich einen Zuschuss von 75 Millionen Franken. Dennoch denkt kein Franzose jetzt mehr an ein Aufgeben Algeriens. Denn Frankreich erhält jene großen Opfer immer vollständiger zurückgestattet in dem lebhaften Handel mit seinem Nebenlande. 1885 belief Algiers Einfuhr sich auf 227 Millionen, die Ausfuhr auf 197 Millionen Franken, und dieser Waaren austausch bewegte sich ganz überwiegend zwischen Colonie und Mutterland. Algier nimmt unter den Käufern französischer Erzeugnisse bereits die siebente Stelle ein.

Kein Wunder, dass die französische Politik beständig auf den weiteren Ausbau dieser nordafrikanischen Herrschaft bedacht ist. Schon hat sie 1881 die Schuhherrschaft über Tunis gewonnen, wiewohl in diesem hoffnungstreichen Lande, dessen 2000 Quadratmeilen in der römischen Kaiserzeit die Kornkammer Italiens waren und dennoch eine eigene wohlhabende Bevölkerung von 5 Millionen ernährten, heut neben 1½ Millionen Eingeborenen nur 4500 Franzosen und 23 000 andere Europäer (meist Italiener und Malteser) wohnen. Schon beginnt die lange von der stumpfsinnigsten Tyrannie niedergehaltene wirtschaftliche Kraft dieses Landes freier sich zu entfalten, und abgesehen von dem Gewinne, der dem französischen Unternehmungsgeist hier wint, bedeutet der vortreffliche Naturhafen von Bizerta in Frankreichs Hand eine bedrohliche Stärkung der Seemachstellung Frankreichs gegenüber Italien. Wie dieses um seine Hoffnungen auf Tunis betrogen worden ist, so werden die Franzosen wohl auch es verstehen, trotz der Proteste Spaniens die Herrschaft der Karthaufer, von selbst zusammenbrechenden Maurenherrschaft in Marokko anzutreten. Unverkennbar bereitet sich die Entwicklung eines neuen Frankreichs auf dem Boden der Atlasländer vor. Außer Afrika hat einzig Frankreich die Aussicht, durch Erwerbung eines großen Coloniallandes in nächster Nachbarschaft im kommenden Jahrhundert seine Macht zu verdoppeln.

Wenn Frankreich derartig für die künftige Ausbreitung seiner Nationalität sich in Afrika breiten Raum sicherte, behielt es andererseits auch das Ziel im Auge, seinem Handelsleben an fremden Ufern wichtige Stützpunkte und vortheilhafte Bahnen zu sichern. Eine Zeit lang schien es in der Ausbeutung Ägyptens den britischen Concurrenten den Rang abzulaufen. Der Suezkanal ist das Werk französischen

Unternehmungsgeistes, französischer Diplomatik, französischen Kapitals. Nur der Krieg wider Deutschland hat Frankreich um die schon zur Ernte reifen Früchte dieser Schöpfung gebracht. Der Canal liegt heut in Englands Hand und britische Soldaten bewachen seinen Verkehr. Das Rothe Meer ist eine Gasse des britischen Handels. Auch an seinem Südende ist England am frühesten auf dem Platze gewesen mit der Erwerbung Adens und der Besetzung der Insel Perim. Den Franzosen fiel hier nur die Erwerbung eines schlechten Hafens der afrikanischen Küste zu: Obock an der Tadjura-Bucht. Im Jahre 1862 gekauft, 1881 besiedelt, ist es bisher ein unbedeutender Platz geblieben, kann sich aber vielleicht entwickeln zu einer Hauptporte des Handels nach Abessiniens und den südlich daranstoßenden Gallaländern. Abessiniens Handel ist vorwiegend auf 5 Häfen angewiesen. Die beiden nördlichsten, Massauah, das die Italiener in Besitz genommen haben, und Zula, das alte Adulis, wo die britische Flagge weht, haben den Vorzug, dem Anstieg zum abessinischen Hochland ganz nahe zu liegen. Aber dessen fruchtbare Landschaften liegen nicht hier im Norden, sondern im südlichen Theile Abessiniens, in Shoa und den Gallaländern, der Heimat des Kaffees. Der Handel von Shoa zieht nun nicht durch die breite Wüsten- und Steppenregion, welche das abessinische Hochland vom Meere trennt, direct nach Assab, sondern muss aus Schei vor den unbändigen Danakilstämmen auf südlichem Umwege über Harrar die Häfen Obock oder Zeila, das England sich gesichert hat, zu erreichen suchen. Die Franzosen behaupten nun, diese Straße nach Harrar liege weithin auf ihrem Gebiet. Aber die Herren sind sie dort augenscheinlich noch keineswegs. Vor Kurzem erst lief die Nachricht von der Niedermezung einer nach Harrar bestimmten französischen Karawane durch die Tagesblätter.

An dem Weitstreit um die Ostküste Afrikas haben die Franzosen außer der Besitzergreifung Obock sich nicht beteiligt. Nur auf den Komoren und Madagaskar haben sie festen Fuß gesetzt. Sie haben dadurch zu dem alten Besitz ihrer Zuckerinsel Réunion einige neue Stützpunkte für den Verkehr mit ihrem hinterindischen Colonialreich gewonnen. Die wirtschaftliche Ausbeutung dieser Erwerbungen, namentlich des Protectorates über Madagaskar wird schon jetzt eifrig vorbereitet.

Weit umfangreicher ist in neuester Zeit der Kreis französischer Interessen an Afrikas Westküste geworden. Schon 1842 begründete Frankreich seine Kolonie unter dem Äquator am Gabun. Die Erforschung des südlich benachbarten Stromgebietes des Ogowe durch Savorgnan de Brazza weckte die Hoffnung, von

Die Wahl von 12 Gemeindevertretern wird demnächst erfolgen. — Die biefige Feuerwehr hat laut dem in der General-Versammlung erstatteten Jahresbericht z. B. 106 Mitglieder. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt und zwar Fabrikmeister W. Fijzer (Vorsitzender), Buchhalter Schneider (Stellvertreter), Buchhalter Kotalla (Rendant), Buchhändler Bramor (Schriftführer), Zimmermeister Clausnitzer erster und Maurermeister Seiffert zweiter Brandmeister. — Die heutige Generalversammlung des biefigen Consum-Vereins genehmigte die Vertheilung des Klein gewiss wie vorgeschlagen. Das statutenmäßig ausscheidende Vorstandsmitglied, Vereins-Kaufm. Hauptlehrer Novinsky, wurde wiedergewählt, ebenso das aus dem Verwaltungsrath ausscheidende Mitglied Möbelhändler Biedermann. In Stelle zweier anderer ebenfalls aus dem Verwaltungsrath ausscheidender Mitglieder wurde Buchhalter Schneider und Registratur Wirsieg gewählt. Der Jahresbericht wurde erstattet und dem Vorstand Decharge ertheilt.

△ Tarnowitz, 25. Februar. [Das Abiturienten-Gramen] am biefigen Realgymnasium fand heute unter dem Vorst. des Geh. Regierungsraths Tschaert statt. Von den 6 Examinierten erhielten sämtliche das Zeugniß der Reife; zwei wurden wegen des guten Ausfallen der schriftlichen Arbeiten von der mündlichen Prüfung dispensirt.

#### Bur Wahlbewegung in der Provinz.

□ Sprottau, 26. Febr. Nach einem von dem Central-Wahl-Comité des Centrums-Partei heute eingegangenen Bescheide werden die Centrums-Wähler nicht Arm in Arm mit den Conservativen marschiren, vielmehr in ihrer Mehrzahl dem Candidaten der Deutschfreisinnigen, Oberbürgermeister von Forckenbeck, die Stimme geben. Auch das Arbeiter-Wahl-Comité des Wahlkreises Sagan-Sprottau fordert in einem Aufrufe die Arbeiter des Wahlkreises auf, am 1. März Mann für Mann an der Wahlurne zu erscheinen und für Herrn von Forckenbeck einzutreten.

△ Waldenburg, 27. Febr. Das Wahl-Comité der biefigen Centrums-Partei hat auf Weisung des Provinzial-Wahl-Comités die Parole ergehen lassen, bei der Stichwahl Mann für Mann für den freisinnigen Kandidaten, Stadtverordneten Eberty, zu stimmen. Die Haltung der Socialdemokraten ist zweifelhaft.

#### Stadtverordneten-Versammlung.

H. Breslau, 27. Februar.  
Der Vorsitzende, Justizrat Freund, eröffnet die Sitzung gegen 11 Uhr mit einigen Mitteilungen. Der Stadtv. Dr. jur. Georg Caro zeigt dem Vorsitzenden der Stadtverordneten-Versammlung an, daß er durch Verlegung seines Wohnsitzes nach Berlin gezwungen sei, sein Amt als Mitglied der biefigen Stadtverordneten-Versammlung niederzulegen.

Der Magistrat theilt der Versammlung mit, daß bis zum 31. Decbr. 1889 wieder von Seiten der kgl. preußischen Regierung noch vom Bundesrat eine Kündigung der der Stadt verliehenen Befugnis zur Ausgabe von städtischen Banknoten erfolgt ist. Gemäß § 44 des Bankgesetzes vom 14. März 1875 ist somit eine Verlängerung dieser Befugnis auf weitere 10 Jahre, vom 1. Januar 1891 ab gerechnet, eingetreten.

Nach einer weiteren Mittheilung des Magistrats haben die Herren Minister der Finanzen und des Innern mittels Erlasses vom 29. Jan. c. genehmigt, daß die Schlachtfeste in biefiger Stadt vom 1. April 1890 bis zum 31. März 1893 als Communalfeier auf Grund des Regulativs vom 4. Juli und 6. Novbr. 1874 forterhoben werde. Die Versammlung tritt demnächst in die Tagesordnung. Zur Erledigung gelangen u. A. folgende Vorlagen:

Bewilligung eines Zinsenüberrestes. Magistrat beantragt, die Versammlung wolle sich damit einverstanden erklären, daß der bisher bei der Abth. A. der Haupt-Armen-Kasse vereinommene Zinsenüberrest aus dem Legat Claassen vom 1. April 1889 ab nicht mehr der Haupt-Armen-Kasse, Abth. A., zu Zwecken der Allgemeinen Armenpflege zugewendet, sondern bei der Abth. B. belassen und von der Legaten-Commission der Armen-Direction zu Unterstützungen für Legat-Expectanten und Legat-Genosßen verwendet wird. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden.

Der Vermietung des der Stadtgemeinde gehörigen ehemaligen Zollhauses Obblauerstraße 45 b an den Kaufmann G. Kassel hier selbst für das Meistegebot von 1102 M. pro Jahr stimmt die Versammlung zu.

Bauliche Herstellungen im Sitzungssaale der Versammlung. Magistrat ist den hierauf bezüglichen Beschlüssen der Versammlung beigetreten und ersucht, nunmehr noch die Kosten für die Veränderung der Säulen und des Zuhörerraumes mit 23 000 Mark bei der Berathung des Etats in denselben einzustellen.

Die Versammlung beschließt dies.

Lieferungen. Die Lieferung des Brotsbedarfs für das Polizei-Gefängniß wird pro 1890/91 wiederum dem Bäckermeister F. J. Wiederhold in Annahme seiner Offerte, 90 Kigr. Brot aus 100 Kigr. Roggen für den jedesmaligen mittleren Monats-Durchschnitts-Marktpreis von 100 Kilogr. Roggen und für ein Backlohn von 1,45 M. liefern zu wollen, übertragen.

Die Lieferung des gesammten Brot- und Semmelbedarfs für das städtische Arbeitshaus und die Gefangen-Krankenanstalt für die Zeit vom 1. April 1890 bis 31. März 1891 wird dem Bäckermeister Joh. Schiere für sein Mindestgebot von 1,30 M. Backlohn für je 113 Kilogr. Commis-brot, 90 Kigr. Weißbrot und 83 Kigr. Semmel, unter Zugrundelegung der Bedingungen vom Jahre 1885 übertragen.

Die Lieferung des im Armenhause erforderlichen Brotes und Fleisches soll der vermittelten Hofbäckermeister Biol, bzw. dem Hofschlächtermeister B. Krause für das Etatjahr 1890/91 unter den bisherigen Bedingungen wieder übertragen werden.

Ebenso sollen die mit dem Kaufmann G. Pasche, Kaufmann A. Brieger, der Firma Fricke u. Anders und der Firma Arnold B. Fränkels Nachfolger geschlossenen Verträge über die Lieferung von Stoffen zu Bekleidungsgegenständen an das Bekleidungsdepot der biefigen Armenthauptdirektion auf das Etatjahr 1890/91 verlängert werden. Die Versammlung erklärt sich in beiden Fällen einverstanden.

Neu-Etatsposition. Um den im Allerheiligsten-Hospital stationirten Kranken-Transportwagen in dringenden Krankheitsfällen direct auf telephonischem Wege bestellen zu können, hat Magistrat beschlossen, die genannte Anzahl an das allgemeine Stadt-Fernsprecherei anzuschicken zu lassen und beantragt, daß ein Betrag von 112,50 M. in den Etat des Hospitals nachträglich eingestellt werde. Auf Antrag des Referenten, Stadtv. Dr. Körner, erklärt sich die Versammlung damit einverstanden.

Mietzung von Räumlichkeiten zu Schulzwecken. Die im Hochwarterre und ersten Stock des dem Kaufmann Niedel gehörigen Hauses Sternstraße 53 belegten Räumlichkeiten sollen zur Einrichtung zweier Unterrichtszimmer für Elementarschulklassen gemietet werden, und zwar zunächst für die Zeit vom 1. April 1890 bis Ende März 1892. Stadtv. Urban beantragt, dem zu zustimmen. Die Versammlung beschließt demgemäß.

Bedingungen zur Vermietung von Sandlägerplätzen. Magistrat legt der Versammlung Bedingungen zur Vermietung von Sandlägerplätzen vor und beantragt, dieselbe wolle sich mit denselben einverstanden erklären. Der Referent, Stadtv. Struve, empfiehlt die sofortige Genehmigung der Bedingungen. Die Versammlung beschließt dieselbe.

Canalisation-Commission. Magistrat übersendet der Versammlung eine Abschrift des Protocols über die Sitzung der Canalisation-Commission vom 27. November v. J. zur Kenntnisnahme. Auf Antrag des Referenten, Stadtv. Haber, der nichts zu erinnern findet, nimmt die Versammlung von dem Protocol Kenntniß.

Vertrags-Verlängerung. Der mit dem Kürschnermeister W. Koehl geschlossene Vertrag auf Lieferung von circa 400 Meilen für das Bekleidungs-Depot der Armenthauptdirektion soll auf die Zeit vom 1. April 1890 bis 31. März 1891 verlängert werden. Stadtv. Friedenthal empfiehlt die Genehmigung des Magistratsantrages. Die Versammlung spricht dieselbe aus.

Zoologischer Garten. Der Aktien-Gesellschaft „Breslauer Zoologischer Garten“ sollen vom 1. April 1890 ab zu dem Wasserbedarf im Zoologischen Garten jährlich 3000 Kubikmeter Wasser aus dem neuen Wasserbehältere unentgeltlich, unter dem jedemzeitigen Bedarf, geliefert werden. Die Versammlung erklärt sich, nachdem Stadtv. Stenzel den Vortrag des Magistrats warm befürwortet und den letzteren ersucht hat, das unentgeltlich zu liefernde Wasserquantum im nächsten Jahre auf 5000 Kubikmeter zu erhöhen, damit einverstanden.

Von der Mittelmühle. Magistrat beantragt, die Versammlung wolle sich nachträglich damit einverstanden erklären, daß die Kosten des bereits ausgeführten Baues eines Abbrichtgebäudes für das Grundstück der Mittelmühle im Gesamtbetrag von 613,64 M. aus dem Substanzgeldzweck der Kämmerei entnommen werden. Die Versammlung genehmigt dies.

Etatsverstärkung. Die Versammlung soll sich damit einverstanden erklären, daß der Titel III, Pos. 1 der Verwaltung der Kanalbauwerke

bauliche Unterhaltung der Canäle, Einsteigebrunnen, Gussies, Kinnsteinbrücken, Sandbänke und öffentliche Drainageleitungen, sowie für das Schlämmen der Canäle“ um 5000 M. verstärkt werde. Die Versammlung genehmigt die Verstärkung. Im Weiteren wurden noch Kaufmann Olgos, Königspatz, und Kaufmann Reisland, Nicolai-Stadtgraben 26, zum Vorsteher, bzw. Vorsteher-Stellvertreter des zusammengelegten Stadtbezirk 145/146 gewählt.

Der Vorsitzende theilt demnächst mit, daß vom Stadtv. P. Niemann an ihn ein Schreiben eingegangen sei, in welchem sich derselbe (wie früher der Stadtv. Weinhold) auch zu der Ansicht bekannte, daß die schwache Majorität die starke Minorität bei allen Vorcommunissen, namentlich auch bei der Wahl zum Wahl- und Verfassungs-Ausschuß zu wenig berücksichtigt. Er lehne deshalb die Wahl für letzteren Ausschuß dantand ab.

Stadtv. Vater beantragt, das Schreiben des Stadtv. Niemann dem Wahl- und Verfassungs-Ausschuß zur Berichterstattung zu überweisen. Er sei, fürt derselbe aus, gemäß nicht der Einzige in der Versammlung, dem es auffalle, daß zwei hoch angesehene Mitglieder derselben es ablehnen, in den Wahl- und Verfassungs-Ausschuß einzutreten. Stadtverordneten zu sein, sei nicht blos eine Ehre, sondern auch eine Pflicht, und das Gesetz gebe die Möglichkeit,emanden zu zwingen, diese Pflicht zu übernehmen. Wer aber in die Versammlung eintrete, habe auch durch Handschlag an Eidesstatt zu erklären, daß er die übernommenen Pflichten erfüllen wolle. Durch die Geschäftsordnung habe sich die Versammlung das Gesetz gegeben, nach welchem jedes Mitglied seine Pflichten zu erfüllen habe, und es sei selbstverständlich, daß nun jedes Mitglied verpflichtet sei, dieser Geschäftsordnung sich zu unterordnen. Daraus folgere er, daß jedes Mitglied nun auch die Pflicht habe, eine etwaige Wahl in eine Commission anzunehmen und daß es in der Macht der Versammlung liegen müsse, ihm dazu zu zwingen. (Widerspruch). Nunächst sei es das Recht und die Pflicht der Versammlung, die Gründe zu prüfen, welche die Herren für ihre Ablehnung angeben. Sie sagen, daß sie nicht in den Wahl- und Verfassungs-Ausschuß eintreten wollen, weil die geringe Majorität die starke Minorität nicht genügend berücksichtige. Wer sei diese Minorität? Herr Weinhold sei Mitglied des Wahl- und Verfassungs-Ausschusses gewesen und er (Redner) könne ihm das Zeugniß geben, daß er niemals sich bei seiner Abstimmung von politischen Motiven habe leiten lassen. Herr Weinhold werde aber auch ihm und allen anderen Mitgliedern in der Versammlung dies Zeugniß nicht versagen. Wenn man also erfahren wolle, wer die Minorität sei, so müsse man hinausgehen und die Zeitungen ansehen. Zum ersten Male trat hier, seit er, Redner, der Versammlung angehört, eine Partei als geschlossene politische Partei auf und sage: sie habe die und die Wünsche und verlangt, daß sie auch berücksichtigt würden. Er meine, der Stadtverordnete, welcher in der Meinung in die Versammlung einzutreten, er habe hier eine politische Mission zu erfüllen, und glaube, die Stadt Breslau werde deshalb gut verwaltet, weil die Majorität eine fortschrittliche sei, der gebe sich derselben Illusion hin, wie derjenige, welcher hofft, es werde z. B. der Schlachthof gleich vom Himmel fallen, wenn die Mehrheit eine conservative werde. Die Versammlung hat keine politische Mission zu erfüllen. Er protestiert dagegen, als politischer Parteimann in den Wahl- und Verfassungsausschuß gewählt worden zu sein; er habe bisher immer geglaubt, dieche theilhaftig geworden zu sein, weil man der Ansicht sei, daß er dem Ausschuß durch seine juristischen Kenntnisse nütze. Der Ausschuß I hat vorzugsweise Wahl-Angelegenheiten vorzubereiten, und da liege vielleicht für Manchen die Versuchung nahe, politische Freunde durchzudrücken. Demgegenüber bitte er doch einen Blick auf die Magistratsbank zu werken, und da werde man finden, daß der Wahlauschuß sich bei allen seinen Vorschlägen jederzeit nur von sachlichen, niemals von politischen Gründen habe leiten lassen. Wenn man auch hier in die Versammlung die widerwärtigen politischen Streitigkeiten hineintrage, so besorge man nicht die Geschäfte der Stadt, sondern räubt dem Einzelnen die Freiheit, an der Mitwirkung bei denselben und bringt ihn dahin, den Zeitpunkt heranzusehnen, wo sein Mandat ablaufe. Möge, wie am kommenden Sonnabend sich jeder erinnern werde, daß Alle Kinder eines Landes seien, auch hier jeder dessen eingedenkt sein, daß Alle Bürger einer Stadt sind und daß wir nichts beschließen und nichts wollen, als das Wohl der Stadt. (Beifall). — Stadtv. Grüchner ist der Ansicht, daß jeder das Recht habe, die Wahl zu irgendeinem Ausschuß I anzutreten und Gewaltmaßregeln zu beschließen, dazu würde die Versammlung wohl nicht der geeignete Factor sein. Niemand werde wohl ein Mitglied der Versammlung desavouiren wollen, welches seiner Zeit erklärt habe, daß nun einmal in der Versammlung politische Parteien vorhanden seien, werde man mit denselben rechnen müssen. Er meine, dem entsprechend werde man auch die einzelnen Parteien in den Ausschüssen berücksichtigen müssen. Das habe die Majorität bis jetzt nicht gethan und deshalb hätten die Herren abgelehnt. — Stadtv. Weinhold geht näher auf die Gründe ein, welche ihn bestimmt haben, eine Wahl in den Ausschuß I nicht anzunehmen. — Stadtv. Simon glaubt nicht, daß die Versammlung Iemanden zwingen könne, eine Wahl anzunehmen. Wenn Stadtv. Grüchner der Ansicht sei, daß die Mitglieder der Majorität nicht genügende Personenkenntniß in Bezug auf andere Parteien haben, so erscheine es doch unzweckmäßig, daß auch die gewählten Mitglieder der Minorität nun in den Ausschuß nicht eintreten wollten. Nach seiner Ansicht sei auch die Minorität im Wahlauschuß genügend vertreten. Wenn man nicht noch weiter Mitglieder derselben gewählt habe, so habe dies seinen Grund darin gehabt, daß keine Veranlassung vorlag, andere verdiente Mitglieder fortzulassen.

— Stadtv. Morgenstern äußert sich in gleichem Sinne und spricht, wie dies bereits seitens einzelner Vorredner geschehen, den Wunsch aus, daß Herr Niemann seine Ablehnung zurückziehen möge. — Nach einer kurzen Erwiderung des Stadtv. Weinhold wird der Antrag auf Überweisung des Riemann'schen Schreibens an den Ausschuß I angenommen. Nachdem die Versammlung noch zwei Dringlichkeitsanträge des Magistrats Zustimmung erledigt hat, zieht sie in die Etat-beratung ein und erledigt zunächst diejenigen der Gas- und Wasserwerke. Der Referent Stadtv. Morgenstern bemerkt im Eintrage seines Vortrages, daß in Rücksicht auf die Bedeutung, welche die großen Überschüsse der Verwaltungen für den städtischen Etat hätten, man darauf achten müsse, daß die Überschüsse auch der Gemeinde erhalten blieben, um nicht eine Erhöhung der direkten Steuern herbeizuführen. Auf den Etat der Gaswerke näher eingehend, führt Redner aus, daß die in den Etat eingestellte Ermäßigung des Selbstkostenpreises für die öffentliche Beleuchtung, die sich auf 2 Ps. pro Kubikmeter belaute, ihren Grund in der Verringerung des Gaspreises durch Abstoßung der Anleihen finde. Eine allgemeine Ermäßigung eintreten zu lassen, halte das Curatorium deshalb im gegenwärtigen Augenblick nicht für angebracht, weil man noch nicht berechnen könne, welchen Einfluß die erhöhten Kohlenpreise und die Einführung der elektrischen Beleuchtung haben werde. Im Ubrigen würde er eine Ermäßigung des Preises für Wasser für nötiger halten. Nachdem Redner noch speziell einen Titel des Etats beleuchtet, empfiehlt er im Namen des Etatsausschusses, den Etat vorläufig festzuhalten mit der Ergänzung, daß in Tit. II Pos. 2, „Theer und Fastagen“ 15 000 M. zugezahlt werden. Die Versammlung tritt diesem Antrage bei.

Hierauf geht Referent zu dem Etat der Wasserwerke über und macht darauf aufmerksam, daß zum ersten Male eine Einnahme aus dem alten Wasserwerk im Etat erscheine infolge des Vorgehens des Magistrats, einzelnen Unternehmern die Entnahme von Wasser aus dem alten Werk gegen geringe Entschädigung zu gewähren. Er empfiehlt auch diesen Etat vorläufig festzustellen. Das vom Magistrat ergangene ablehnende Schreiben in Bezug auf den früheren Besluß der Versammlung, die Wasserwerke in die Verwaltung der Stadt zu übernehmen, halte er in den Gründen für vollständig gerechtfertigt und empfiehlt im Namen des Ausschusses, den damaligen Besluß der Versammlung für erledigt zu erklären. — Stadtv. Morgenstern äußert sich in gleichem Sinne und spricht, wie dies bereits seitens einzelner Vorredner geschehen, den Wunsch aus, daß Herr Niemann seine Ablehnung zurückziehen möge. — Nach einer kurzen Erwiderung des Stadtv. Weinhold wird der Antrag auf Überweisung des Riemann'schen Schreibens an den Ausschuß I angenommen.

Nachdem die Versammlung noch zwei Dringlichkeitsanträge des Magistrats Zustimmung erledigt hat, zieht sie in die Etat-beratung ein und spricht, wie dies bereits seitens einzelner Vorredner geschehen, den Wunsch aus, daß Herr Niemann seine Ablehnung zurückziehen möge. — Nach einer kurzen Erwiderung des Stadtv. Weinhold wird der Antrag auf Überweisung des Riemann'schen Schreibens an den Ausschuß I angenommen.

Abg. Schlabitz (Freie): Den Standpunkt, den wir in der vorigen Sitzung zu diesem Gesetzentwurf eingenommen haben, halten wir noch seit, wir wünschen, daß in das Gesetz der Ausdruck des Unterschieds zwischen Regulirung und Unterhaltung von Flüssen hinzekommt, sonst können wir heute gar nicht wissen, welche kolossal Lasten wir den Interessen auf erlegen. Die Gebirgsflüsse Schlesiens befinden sich in einem verwahrlosten Zustande, und die Regulirung wird ungeheure Summen verschlingen.

Wenn auch der Minister im Herrenhause zugäte, seinerseits Mittel dafür aufwenden zu wollen, so ist das doch eine schwankende Brücke, denn das Wasser der schlesischen Flüsse wird ewig bergab fließen, während doch auf dem Stuhl des Ministers später ein Anderer sitze und der Sache weniger wohlwollend gegenüberstehen könnte. Nunächst müssen die Flüsse regulirt werden; nachher lädt sich über die Erhaltung wohl sprechen, obwohl hier immer elementare Ereignisse vorkommen können, die für Neueregulirung wiederum kolossale Summen erfordern, welche dann die Kreise zu tragen hätten. Wenn im Gesetz steht, daß „nach Anhörung des Kreistages“ die Unterhaltungslast den Kreisen übertragen werden kann, so ist das ein ganz vager Begriff. Soll der Kreistag als Sachverständiger gehört werden, oder als Behörde, welche eine ausschlaggebende Stimme hat? Besiegt der Kreistag eines Kreises am Oberlauf eines Flusses die Regulirung, so wird auch der Kreis am Unterlauf in die Zwangslage verfest, selbst wider Willen regulirt zu müssen. Diese einzelnen Fragen müssen in einer Commission berathen werden, und ich beantrage Ramens meiner Fraction die Überweisung der Vorlage an eine solche von 21 Mitgliedern.

Abg. v. Heydebrand und v. Lasa: Dem Vorgeben der Regierung in dieser Vorlage kann man von vornherein nur zustimmen; die Regierung ist in wohlwollendster Weise gewillt, gesetzlich den Kreisen die Möglichkeit zu bieten, zu einer sachgemäßen Flussunterhaltungspflicht zu gelangen. Wenn ein Teil meiner Freunde nicht desto weniger die Vorlage in wesentlichen Punkten ändern will, so bitte ich, das nicht als eine Abstimmung a limine zu betrachten; indem unsere Bedenken sind doch schwerwiegend Natur, zu deren Erörterung wir eine Commission von nicht vielen Mitgliedern beantragen. Ich bin erstaunt, daß die bereits im vorigen Jahre im Hause zur Sprache gekommenen Bedenken nicht die Beachtung gefunden haben, welche sie wohl verdient hätten. (Sicher richtig! rechts.)

Der jetzige Rechtszustand ist der, daß in Schlesien die Lasten zu tragen haben, und ferner, daß die Kreise nach der Kreisbau-Ordnung ohne Bevormundung durch die Provinzialinstanz befreit seien können, welche Lasten sie übernehmen wollen. Jetzt soll dieser gleiche Zustand total verändert werden, und dadurch wird das Recht der Selbstverwaltung total vernichtet, wenn die Kreise von oben her zu einer Zwangsetatstirung gebracht werden. Der Provinzialausschuß allein soll es jetzt sein, der die Kreise vor Maßnahmen von oben her schützt. Ich habe zwar die allergrößte Hochachtung vor dem Provinzialausschuß Schlesiens und besonders dem Vorstehenden desselben und dessen Sachgemäßigkeit, Ruhe und Klarheit, aber die Mitglieder des Provinzialausschusses sind auch Menschen und könnten ihre Beschlüsse manchmal lediglich nach den technischen Erfordernissen ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Kreise fassen. Die Pflicht zur Unterhaltung der Flüsse muß anderen Verbänden als den Kreisen auferlegt werden, nämlich solchen, die wirklich ein Interesse an der Flussunterhaltung haben. Es müssen Genossenschaften gebildet werden, denen unter Gewährung einer Staatsbeihilfe die Verpflichtung aufzuerlegen ist, für Besserung der Zustände zu sorgen.

(Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Fehler gefunden würden. Böswillig oder aus Unachtsamkeit hervorgerufene Beschädigungen würden auf Kosten der Bevölkerung bestritten. — Stadtv. Markfeldt schließt sich in längerer Ausführung im Wesentlichen den Gründen des Stadtverordneten Simon an und erachtet ebenfalls, den früheren Antrag aufrecht zu erhalten. — Stadtv. Eichardt tritt gleichfalls für den Antrag Simon ein, indem er besonders betont, daß Magistrat nur erklären möge, daß er diejenigen Fehler in eigene Verwaltung übernehmen werde, welche ihm umsonst übergeben würden. Dann würden die Hausbesitzer schon von selbst kommen. — Stadtv. Morgenstern warnt nochmals, durch diese Maßnahme die Einnahmen und dadurch die Überflüsse zu schmälern. Dann würde sich eine Erhöhung der Preise schwerer bewirken lassen. Man könnte doch nur ein Biel auf einmal erreichen.

Hierauf wird zunächst

(Fortsetzung.)

Ich wünsche, daß gerade nach dieser Richtung die Commission eine Möglichkeit findet, die Vorlage zu ändern. Die Vertheilung der Lasten muß nach Maßgabe des Nutzens und Schadens der Flüsse erfolgen; das ist der richtige Vertheilungsnodus, wie er auch in dem Gesetz über die Wasser-Gesellschaften von 1879 steht. Nach dieser Vorlage wird aber ein Theil der Last von denen getragen, die absolut keinen Nutzen von der Flussunterhaltung haben. Wir wollen mit der Regierung nicht darüber reden, wauum sie diesen Weg nicht gegangen ist, aber wir werden in der Commission eine Aenderung veruchen. Eine feste Quote für einen Staatsbeitrag im Gesetz festzustellen, wäre gar nicht möglich; einmal würde es zu viel, das andere mal zu wenig sein; andererseits kann man es aber auch den Kreisen nicht verdenken, wenn sie sich dagegen schützen wollen, das ihnen zu viel auferlegt wird. Alle diese Bedenken verdienen eine Berücksichtigung. Es soll uns freuen, wenn etwas Brauchbares geschaffen werden kann, was der Regierung wirklich eine Handhabe bietet, die Flussregulirung zu erreichen. Ich bitte die Commission, unseren Bedenken Rechnung zu tragen. (Beifall rechts.)

Abg. Schalisch (C.): Ich erkenne das Wohlwollen der Regierung für die Provinz vollständig an, aber mit dem bloßen Wohlwollen ist mir sehr wenig geholfen; es fragt sich, ob durch die wohlwollende Absicht auch erreicht wird, was erreicht werden soll. Das Gesetz ist ein alter Bekannter; gern aber erneuere ich diese Bekanntheit nicht, denn unsere ganze vorjährige Commissionsarbeit ist darin völlig ignoriert geblieben. Auch das Herrenhaus hat die Vorlage fast vollständig unverändert angenommen; bisher ist aber eine ganze Reihe wichtiger Vorfragen noch nicht gelöst, man weiß nicht, was überhaupt unter den nichtschiffbaren Flüssen verstanden wird, ob ihr jetziger, oder ihr dureinstiger Zustand genugt ist, ob die Unterhaltung auf den jetzigen oder den nach der Regulirung eintretenden Zustand sich beziehen soll. Herr v. Lucius hat im Herrenhause von der Unterhaltung regulirter Flüsse gesprochen; darnach besteht also die Absicht, die Flüsse vorher zu regulieren und die regulirten zur Unterhaltung den Kreisen zu überlassen. Man weiß aber auch dann noch nicht, wie die Regulirung ausgeführt werden soll, ob sich durch die vollendeten Regulirungen die Verhältnisse verbessern oder verschlimmern werden, ob nicht durch die Regulirungen die Wasser in einer Weise werden entfesselt werden, die wir heute noch garnicht ahnen können, ob die Regulirungsanlagen dem verstärkten Wasseranprall widerstand leisten können. Danach bezeichne ich, ob es nützlich ist, heute schon durch ein Gesetz zu entscheiden, von wem die Kosten der Unterhaltung getragen werden sollen. Wichtiger ist die vorherige Feststellung, wie der Fluss regulirt werden soll. So lange wir das nicht wissen, ist es für mich bedenklich, der Regierung Quellen zu öffnen, aus denen sie die Mittel schöpfen kann zur Unterhaltung der regulirten Flüsse. Ich will vorher wissen, was in Stand gehalten werden soll, welche Bauten und welche Einrichtungen. So lange ich befürchten muß, daß die Instandhaltung unterschwingliche Opfer fordert, kann ich mich mit dem Gesetz nicht befrieden. Wir hatten bisher in unseren Bestrebungen zur Abwehr der Hochwassergefahr zwei mächtige Bundesgenossen, die Verbeugung und Verdunstung. Was auf diesen beiden Wegen am Wasser fortgeht, kann zur Vermehrung der Überschwemmungsgefahr nicht mehr beitragen; nach dem Urteil der Sachverständigen läuft sich das auf diese Weise neutralisire Quantum auf 40–60 p.C. des Niederschlags. Wenn durch die Regulirung die 60 p.C. auf 40 vermindert werden, bekommen wir 50 p.C. Wasser mehr herunter. Durch die Regulirung wird aber nothwendig die Macht dieser Bundesgenossen nicht blos räumlich, sondern auch zeitlich eingeschränkt; je mehr mit Deichen und Durchlässen regulirt wird, desto weniger Wasser kann versickern und verdunsten. Die uns im vorigen Jahre vorgelegte Denkschrift verwarf bekanntlich alle Verbeugungsmaßregeln generell, weil sie durchweg von jeder einzelnen verlangte, daß sie unter allen Umständen und unter den schwierigsten Verhältnissen sich immer als nutzbar erweisen sollte. Wer zweit verlangt, erreicht in der Regel nichts. Eigenthümlich ist es aber doch, daß gerade bei den Prohibitionsmäßigkeiten so große Ausprüche erhoben wurden. Bei der Frage, was denn nun positiv zu geschehen habe, ist man in der Denkschrift mit seinen Anforderungen viel beschädigter; da wird immer nur von den gewöhnlichen Hochflussverhältnissen gesprochen. Es ist übrigens nicht richtig, daß die Denkschrift sämmtliche Verbeugungsmaßregeln durchaus abfällig kritisiert; sie sagt z. B. von den Sammeldeichen, ihre Wirkung sei bei anhaltendem Hochwasser unsicher; also doch nur bei anhaltendem, nicht bei Hochwasser überhaupt. Sie sagt ferner, daß die großen Trauern an der Loire unter derselben Voraussetzung nicht austreichen; bei nicht anhaltendem Hochwasser würden sie also doch ausreichen. Es soll sich doch um eine dauernde Verbesserung handeln; ob diese möglich ist, wenn die Elemente ganz und gar entfesselt werden, ist fraglich; ob die Neuerrichtung von zerstörten Regulirungsbauten nicht viel teurer sein wird, als die erste Anlage, ist noch viel mehr fraglich. Die Denkschrift sagt, am thunlichsten sei, die Verlängerung der Hochwasserläufe durch Erhöhung der Geschwindigkeit des einen und Verlangsamung des anderen Flusses herbeizuführen. Wenn dem so ist, warum wollen wir nicht alle Flüsse verlangsamen? Warum soll das Verlangsamten im Allgemeinen unmöglich sein? Es scheint mir, als ob die Denkschrift nicht aus einer und derselben Feder geflossen wäre. Nun soll die Unterhaltungslast den Kreisen aufgebürdet werden. Die Kreise haben garnicht so breite Schultern, wie man annimmt. Kreise, wie Hirschberg, Glatz, Neisse, Grottau werden durch diese Last ruiniert werden. (Sehr richtig! im Centrum) Man hat wohl die bayerische Gesetzgebung zum Vuster genommen, wo in der That die Kreise die Last tragen. Die bayerischen Kreise haben aber breitere Schultern als die unsrigen; sie entsprechen ungefähr unseren Regierungsbezirken. Zur Stütze seiner Vorlage hat der Minister im Herrenhause die Überschwemmungen in China herangezogen. Mir scheint die Katastrophe in China deshalb eingetreten zu sein, weil dort seit Jahrtausenden die Deichwirtschaft im Schwange gewesen ist, weil während dieser Jahrtausende sich das Land vor den Deichen ungehindert erhöhen konnte, das Land hinter den Deichen aber nicht, bis schließlich durch die Überschwemmung der Deiche Tausende von Quadratmeilen in einem Landesteil in einen Landesteil verwandelt worden sind. Die drastische Lehre, welche China hiermit erhalten hat, sollte für uns ein abholtendes Beispiel sein. Sobald es sicher ist, daß wir zu einem anderen Regulierungssystem übergehen werden, werden wir auch das Zustandekommen dieses Gesetzes wünschen können; so lange das nicht geschieht, nicht.

Abg. Graf Kanitz: Diese Vorlage ist insofern von princieller Bedeutung, als sie die Grundlage für eine Regulirung der Flüsse im ganzen Staate bilden könnte. Die bestehende Gesetzgebung über die Regulirung der Privatflüsse entspricht den jetzigen Verhältnissen absolut nicht mehr. Was in Schlesien vorkommt, das im Frühjahr große Wassermassen in die Niederungen hereinbrechen, kommt auch in anderen Gebieten vor, so bei mir in Preußen, wo in Folge der Entwaldung das Schneewasser den Fluss über die Ufer treibt. Hier muß der Staat mit seinen Mitteln zu Hilfe kommen. Ob im Lebigenen Kreisverbände oder Provinzen zur Unterhaltungspflicht herangezogen werden sollen, lasse ich dahingestellt; ich bitte aber dringend, diese Vorlage nicht abzulehnen, sondern sie ernstlich zu prüfen, damit sie womöglich als Fundament für eine weitere Wasser-gefegebung benutzt werden kann.

Minister v. Lucius: Der zweite Nebner hat gesagt, daß die Beschlüsse der Commission, welche im vorigen Jahre mit dieser Vorlage befaßt gewesen ist, nicht berücksichtigt worden sind. Das ist aus dem sehr einfachen Grunde geschehen, weil überhaupt Commissionsbeschlüsse nicht vorlagen und noch weniger ein Commissionsbericht festgestellt worden ist. Nicht ein einziger Verbesserungsbeschluß ist mit einiger Majorität gefaßt worden; das beweist aber, daß die Schwierigkeit in der Materie liegt. Ich fürchte, auch die nächste Commission wird die Aufgabe nicht anders lösen können, als es in der Vorlage geschehen ist. Wir in der Regierung wollen doch nicht vorgefasste eigenmögliche Meinungen durchsehen, sondern verurteilen, verworrene und unbefriedigende Verhältnisse auf einem wichtigen wirtschaftlichen Gebiete mit besten Kräften und nach bestem Wissen und Gewissen zu ordnen. Wenn nun das Ergebnis dieser jahrelangen Erwägungen, wie sie niedergelegt sind in der Denkschrift, kurzer Hand verurtheilt werden ist mit einem Selbstgefühl, um das ich den Herrn Redner wirklich beneiden kann, so muß ich sagen, daß die Denkschrift gerade nicht von Dilettanten, sondern von sach- und sachkundigen Technikern und Verwaltungsbürokraten ausgearbeitet worden ist, die doch auch sachliches Urtheil haben. Wenn man auf solche Sachen, wie auf den Verdunstungscoefficienten, eingehen wollte, dann käme man wirklich zu blauem Dunst. Ich gehe also nicht darauf ein. Ich behaupte nicht, daß diese Vorlage nicht verbessertfähig wäre, aber der schlesische Provinzialtag, in dem doch auch gerade sachkundige Leute sind, hat fast einstimmig anerkannt, daß mit dieser Vorlage eine mögliche Lösung der Aufgabe gegeben sei. Was unter einer Regulirung, einer Räumung eines Flusses, was unter einem Ebenenfluß zu verstehen ist, bat mit dieser

Sache nichts zu thun, dieses Gesetz soll eine Lücke in unserer Gesetzgebung für eine Provinz ausfüllen. Es ist gefragt worden, warum nicht die Zwangsgenossenschaften mit der Sache befaßt werden sollen. Deshalb nicht, weil sich eben Zwangsgenossenschaften auf Grund der Adjacenz ohne die größten Schwierigkeiten nicht bilden lassen. Was sich auf Grund des Wasser-Gesellschaftsgelezes ordnen läßt, haben wir bereits geordnet und werden es auch in Schlesien thun. Neben die Regulirung, Räumung und Unterhaltung der Flüsse könnten wir ganze Foliante reden und würden doch nicht einen Schritt weiterkommen. Allerdings wird man nach dem vorliegenden Gesetz blos der mittleren Wassergesetze begreifen können; wenn man auf abnorme Katastrophen, wie sie in einem Jahrhundert einmal vorkommen, Rücksicht nehmen wollte, so würde man statt 3 oder 3½ gegen 7 Millionen jährlich aufwenden müssen. Der im Ganzen begründete Einwurf gegen diese Vorlage ist, daß die Autonomie der Kreise in empfindlicher Weise gefährdet werden könnte. Die Vorlage hatte vorgebracht, zu sagen, nach Anhörung des Kreisausschusses soll der Provinzialrat entscheiden; das Herrenhaus hat sich dafür entschieden, zu sagen, nach Anhörung des Kreistages. Die Anhörung des Kreistages wird ein vielseitiges Urtheil geben, wie die Ansichten in dieser Körperhaft sind über Zweckmäßigkeit, Notwendigkeit, Möglichkeit der Ausführung einer Regulirung; die Anhörung des Kreisausschusses kann nicht anders erfolgen als auf Grund von genauen Anschlägen. Der Kreistag oder Kreisausschuss wird also diese Pläne als zweckmäßig befürworten oder als unzweckmäßig zurückweisen können. Nun ist es kaum denkbar, daß ein Provinzialausschuss, dem ein solches Urtheil des Kreistages vorliegt, der außerdem eine genaue Kenntnis hat von den finanziellen und sonstigen Verhältnissen dieses Kreises, entgegen der bestimmten Willensmeinung dieses Kreistags eine Dictriorung vornimmt. Der Provinzialausschuss hat gewissermaßen den Schlüssel in der Hand für die Werthaltigmachung der ganzen Angelegenheit; der Provinzialausschuss kann seine Zustimmung auch seinerseits wieder an bestimmte Bedingungen knüpfen, also z. B. an die Bedingung, daß er sagt: wir sind nur dann in der Lage, eine Regulirung empfehlen zu können, wenn der Staat bereit ist, so und so viel dazu beizutragen; die Kreise und Adjacenter werden so und so viel dazu beitragen. Ich kann also in dem gemachten Einwurf lediglich den Ausdruck des Mißtrauens in die Selbstverwaltungsgesetze sehen, und dieses hat gerade die Provinz Schlesien in keiner Weise verdient. Schlesien hat für Meliorationszwecke die Mittel hergegeben, und Sie können wohl die Zuversicht haben, namentlich die Herren aus Schlesien, daß dieses Gesetz, welches lediglich eine Vollmacht gibt in die Hand des Provinzialausschusses und der betreffenden Kreistage, nicht genutzt wird werden. Die Hindernisse auf das Wohlwollen der Regierung, zu helfen oder nicht, lassen mich vollständig fällt. Die Regierung hat in dieser Beziehung keine rechtliche Verpflichtung zu contribuieren; das bitte ich festzuhalten. Die Unterhaltung, Regulirung und Räumung der Flüsse ist Sache der Adjacenter, die Meliorationspflicht Sache der Provinzen. Seit dem Erlass des Dotationsgesetzes von 1875 hat der Staat auch nicht eine Spur von Verpflichtung mehr, zu den Meliorationen beizutragen; aber gerade Schlesien ist das Feld gewesen, wo alljährlich recht große Mittel zu Gunsten solcher Interessen ausgegeben wurden. Vor einem Jahre sind noch 2 Millionen für andere Flüsse regulirungen ständig gemacht worden; diese können wir nicht verwenden, wenn der Fall eintritt, daß eine Genossenschaftsbildung sich als unmöglich erweist. In unserem Staat befindet sich ein Fonds von 500 000 M. zur Förderung von Genossenschafts- und kommunalen Flügsregulirungen. Von einer Zwangsetatifikation ist hier gar keine Rede, sondern nach wie vor kann das Gesetz nur Anwendung finden, nachdem die Bereitwilligkeit von Kreisen und Provinzen festgestellt ist. Auch ich würde, daß dieses Gesetz einer recht gründlichen Beratung unterzogen werden möge, daß es aber nicht in der Commission begraben werde; wir würden sonst wieder ein Jahr lang außer Stande sein, die zum Theil bereit gestellten Mittel in einer nützlichen, den Landesteilen in Schlesien zu gute kommenden Weise zu verwerthen, und das würde ich in meiner Eigenschaft als Regierungsrat und Mitglied der Staatsregierung aufrichtig bedauern.

Abg. Eberty (bfr.): Ich bitte, die Vorlage einer Commission von 28 Mitgliedern zu überweisen. Bei einer so wichtigen Vorlage sollten die einschlägigen Vorschriften nicht der Verwaltung überlassen, sondern gezielt festgelegt werden. Die Verwaltung mag noch so gut sein, eine gezielte Regelung verdient den Vorzug. Allerdings hat der schlesische Provinziallandtag einstimmig diese Vorlage gut geheißen, andererseits haben aber doch hervorragende Mitglieder eine bestimmte Festlegung der Regulirungspflicht gegenüber der Unterhaltungspflicht gewollt. Graf Saurma hat z. B. das Gesetz nur deshalb gutgeheißen, weil Schlesien sich jetzt in der glücklichen Lage befindet, vom Staate disponible Mittel zu erhalten; man wisse nicht, ob eine so günstige Situation wiederkommen werde. Darüber, wie die Unterhaltungs- und Regulirungspflicht mit einander in Verhältnis zu bringen sind, und vor allen Dingen, wie die Kosten repartiert werden sollen, ist in der Vorlage garnicht gesagt. Der Gelpunkt ist der allersensibelste, und die Commission wird darauf ihr besonderes Augenmerk zu richten haben. Wenigstens für den Anfang einer gezielten Regulirung sind die nötigen Millionen da und müssen ständig gemacht werden, um eine nachhaltige Abhilfe zu schaffen. Die Kreise an sich sind vielleicht gar nicht die geeigneten Organe, die Kosten zu tragen; ich will nicht pro patria sprechen, aber der Hirschberger Kreis würde geradezu ruiniert werden, wenn er die Kosten der Regulirung tragen müßte. Für mich ist es gar nicht zweifelhaft, daß wir auf der Basis der Regierungsvorlage auch in der von Herrenhause verbesserten Form keinesfalls zu einer Verabschiedung des Gesetzes kommen können, nicht aus politischen Gründen, die spielen hier nicht mit, sondern aus wirtschaftlichen Gründen, aus Gründen der Gerechtigkeit. Ich hoffe, daß die Staatsregierung den bisher mit einer gewissen Schroffheit festgehaltenen Standpunkt aufgeben und daß so eine Verständigung erfolgen wird, von deren Notwendigkeit zu reden, offen Thüren einzuschlagen.

Abg. Meyer-Answalde: Man darf der Regierung dankbar sein für diese Vorlage; aber warum geschieht nur etwas für Schlesien, warum soll man nur hier ein Experiment machen? Die Kreisvorlage war ja auch ein Experiment, und doch hat man sie für das ganze Land gemacht. Die Verhältnisse sind in den übrigen Provinzen ganz ähnlich; die Mark Brandenburg hat keine besetzten Hochwasser, und doch haben wir für die Regulirung und Unterhaltung der Flüsse sehr viel zu thun. Ich möchte also bitten, daß man die Wohlthaten dieses Gesetzes auf den ganzen Staat ausdehnt. Den Fall, daß die Flüsse durch mehrere Kreise gehen oder gar die Grenze zwischen zwei Provinzen bilden, hat die Vorlage gar nicht berücksichtigt. Ich bin für eine Commission von 21 Mitgliedern.

Abg. Burghardt-Lauban (natlib.): So schlimm, wie der Abg. von Schalisch, sehe ich die Sache nicht an; ich hoffe, daß etwas zu Stande kommt, was der Provinz Schlesien von Nutzen sein kann. Die zunächst notwendige Regulirung und Räumung der Flüsse muß der Staat auf seine Kosten machen. Die Flüsse sind seit fast hundert Jahren vernachlässigt worden, und daher sind die Regulirungskosten so erheblich, daß sie von den einzelnen Kreisen nicht getragen werden können. Nachdem Regulirung und Räumung geschehen sind, können die Kreise mit der Provinz die Unterhaltung übernehmen, die Kreise allein sind dazu auch zu schwach.

Abg. Halberstadt (bfr.): Dieses Gesetz füllt nur eine kleine Lücke aus; die Hauptlücke, wer die Instandhaltung, Regulirung und Räumung der nichtschiffbaren Flüsse übernimmt, bleibt bestehen. So ist das Gesetz für mich unannehmbar; ich will aber hoffen, daß in der Commission die Regierungsvertreter sich dafür zugänglicher zeigen, daß im Gesetz gesagt wird: Nachdem durch den Staat die Regulirung erfolgt ist, übernehmen die Kreise die Unterhaltung. Im vorigen Jahre erklärte der Regierungskommissar, mit einer solchen Bestimmung würde das ganze Gesetz fallen; ich hoffe, daß es diesmal nicht der Fall sein wird, und schließe mich dem Antrage auf Commissionsberatung an.

Abg. Graf Strachwitz (C.): hält es für ungerecht, die Adjacenter die Lasten tragen zu lassen. Die mehr als früher anbrechenden Wassermassen seien die natürliche Folge der fortschreitenden Kultur, von der das ganze Land Vortheil habe; die paar Adjacenter seien nicht leistungsfähig, lediglich der große Staat könne eine durchgreifende Regulirung der Flüsse schaffen und unterhalten. Die Regulirung könnte den Leuten viel mehr Kosten verursachen, als sie jetzt durch die nicht regulirten Flüsse haben. Auch die Schultern der Kreise allein sind zu schwach für solche Kosten.

Die Vorlage wird an eine Commission von 21 Mitgliedern überwiesen. Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Änderung des Gesetzes vom 6. Juni 1888 über die Verbesserung der Oder und der Spree. Es handelt sich dabei um Folgendes: Nach dem Gesetz von 1888 sollten die Beteiligten den Vertrag der Grundwerkskosten

für die Kanalanlage vollständig ausbringen, auch die Mehrkosten, welche sich gegenüber dem ersten Anschlag etwa herausstellen würden; die Beteiligten haben aber bisher nur einen festen Betrag von 1617 100 M. gezeichnet und wollen darüber hinaus keine Verpflichtungen übernehmen. — Abg. Letocha hat einen Antrag vorgelegt, nach welchem von den Beteiligten nur die Summe, welche 1888 veranschlagt worden ist, gefordert werden soll, nämlich 1 610 020 M. Der Antrag wird mit der Vorlage zusammen behandelt.

Abg. Letocha (Centr.) bemerkte, daß sein Antrag sich fast ganz mit der Regierungsvorlage decke; beide entsprechen der Billigkeit und Gerechtigkeit, und die Sache liege so einfach, daß er bitte, von einer Commissionsberatung abzusehen.

Die zweite Beratung wird ohne Commissionsberatung in Plenum stattfinden.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Kirchengemeindeordnung für die evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden Bornheim, Oberrad, Niederrad u. s. w., wird einer Commission von 14 Mitgliedern überwiesen.

In erster und zweiter Lesung wird erledigt der Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung eines in den ehemals bayerischen Gebietstheilen des Regierungsbezirks Kassel geltenden Wegegesetzes.

Der Bericht über die bisherige Ausführung von Bestimmungen verschiedener Gesetze über den Erwerb von Privateisenbahnen für den Staat wird durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Da zu dem Gesetzentwurf wegen Änderung des Pensionsgesetzes ein Antrag eingebracht wird, schlägt Vicepräsident v. Beura vor, den Gegenstand von der Tagessitzung abzuziehen. Bei der Abstimmung darüber ergiebt sich die Minorität von nur 183 Mitgliedern, während 217 zur Beschlußfähigkeit erforderlich sind. Die Sitzung wird abgebrochen.

Schluss 2½ Uhr.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr. (Stat der Justizverwaltung.)

(Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.)

\* Berlin, 27. Febr. Der Kaiser begab sich heute wieder nach dem Reichsamt des Innern, um dafelbst der 2. Abteilungssitzung des Staatsräths zu präsidiren; er verließ die Staatsräthsitzung um 6 Uhr 40 Minuten.

Zur Bismarck-Krisis liegen widersprechende Nachrichten vor. Die „Münch. Allg. Ztg.“ bringt an erster Stelle ein Berliner Telegramm von unterrichteter Seite, welches besagt, es sei dem Kaiser gelungen, Bismarck zur Vertragung des vom Kanzler geplanten Rücktritts vom preußischen Ministerpräsidium zu bestimmen, und es wäre somit die in ihren Wirkungen auf die augenblickliche Lage nicht unbedeutliche Krisis beseitigt. Auch nach einer offiziösen Meldung des „Pester Lloyd“ ist der Präsidentenwechsel im preußischen Ministerium auf unbestimmte Zeit vertagt. Die Behauptung der „Hamb. Nachr.“ von einer Kanzlerkrisis, die nur wegen des Wahlausfalls beseitigt sei, sei irreführend; ein Kanzlerwechsel sei nie-mals ernstlich in Frage gewesen. Eine ähnliche Mitteilung bringt der „Hamb. Corr.“. Demgegenüber halten die „Hamb. Nachr.“ eine neue Meldung über den beabsichtigt gewesenen Rücktritt des Fürsten Bismarck auch als Reichskanzlers in vollem Umfange aufrecht. Fürst Bismarck beabsichtigte, so schreiben sie, sowohl vom Ministerpräsidium in Preußen, als auch von der Stelle des Reichskanzlers zurückzutreten, und hatte die Ausführung dieser Absicht bis nach den Wahlen vertagt. Nachdem die Wahlen so ausgefallen sind, wie sie es sind, gab er die Absicht, sich von den inneren Geschäften des Reiches und Preußen zurückzuziehen, auf und, wie der Berliner Correspondent sich ausdrückt, er verlängerte dieselbe.

Während verlautet, daß in der nahezu zweitündigen Conferenz, welche Fürst Bismarck am Mittwoch beim Kaiser hatte, daß Programm für die internationale Arbeiterconferenz die Kenntnisnahme gefunden hat, wird nun den Mächten mit diesem Programm die Einladung zu der am 15. März stattfindenden internationalen Conferenz zugehen. Zugleich wird von verfusener Seite die früher ausgesprochene Vermuthung bestätigt, daß die Conferenz nicht eine diplomatische im gewöhnlichen Sinne sein, sondern nur aus Sachverständigen bestehen würde. Außer Deutschland nehmen daran noch 8 Staaten teil, nämlich die in dem Kaiserlichen Erlass vom 4. Februar besonders genannten: Frankreich, England, die Schweiz und Belgien, sowie Österreich-Ungarn, Italien, Holland und Schweden-Norwegen. Die Conferenz wird daher auch nicht vom Auswärtigen Amt geleitet, sondern, wie schon früher erwähnt, vom Minister für Handel und Gewerbe, Fhr. v. Berlepsch, an welchen ja auch der zweite kaiserliche Erlass über die Schritte zu Gunsten der Arbeiter gerichtet war. Wie bei allen internationalen Conferenzen wird auch bei den bevorstehenden die französische Sprache als Geschäftssprache für die Verhandlungen dienen. Eine Ausnahme mache man hieron nur bei der vorjährigen Samoaconferenz, bei welcher nur drei Mächte vertreten waren, von denen sich die Vertreter zweier der englischen als ihrer Muttersprache bedienten. Von deutscher Seite zeigte man sich deshalb entgegenkommend, indem man die englische Sprache auf der Conferenz anwandte.

Die „Berl. Börs-Zeitung“ schreibt: Heute früh erfolgte die Abendung der förmlichen Einladung zur Arbeiterconferenz. Für die Dauer der Beratungen des Staatsräths sind etwa 3 Wochen in Aussicht genommen, so daß, wenn in der zweiten Hälfte des März die internationale Conferenz zur Regelung der Arbeiterfrage zusammentritt, das Ergebnis der Verhandlungen im Staatsrat sich bereits übersehen läßt.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung von Gewerberichten und Einigungsämtern, ist an die Mitglieder des Staatsräths vertheilt worden. Von einer eigentlichen Beratung des Gesetzentwurfs durch den Staatsrat kann nicht die Rede sein; letz

Gestern hatte der französische Minister des Auswärtigen eine lange Unterredung mit dem Grafen Münster. Frankreich nimmt die Einladung an, da die Conferenz nicht eine diplomatische, sondern eine rein wirtschaftliche sei. (Vgl. W. L. B.) Die französische Regierung macht nach dem Vorschlage anderer Mächte den ausdrücklichen Vorbehalt, daß sie sich nicht verpflichtet, die der wirtschaftlichen folgende diplomatische Conferenz zu beschicken, daß die Beschlüsse der ersten Conferenz sie nicht binden und daß sie ihren Vertretern verbieten darf, an den Erörterungen bestimmter Programmpunkte teilzunehmen. Nur die boulangistischen Organe schreien Verrat, weil die Regierung die Conferenz beschikan will. Gestern Abend versammelte sich das boulangistische Centraleomite und beschloß einen gehärteten Protest, dem die Comités der Patriotenliga sich angeblich anschlossen haben. Der „Matin“ nennt als die in Aussicht genommenen Delegirten zu der Conferenz die Nationalökonomen Frédéric Passy, Leroy-Beaulieu, Tesseron de Bort. Das „Petit Journal“ meldet, die Regierung wolle einen Arbeitendelegierten mitschicken. Beides bedarf der Bestätigung. — Die heutigen Londoner Blätter versichern, es eritrete eine Vereinbarung zwischen England und Frankreich bezüglich der Instruktion ihrer Vertreter auf der Berliner Conferenz.

Wie dem „Hamb. Corr.“ aus München „nach Erfundung von hoher Seite“ gemeldet wird, ist die bayerische Regierung fest entschlossen, den Ultramontanen nicht weiter entgegenzukommen, und zwar in Erwagung des Umstandes, daß die Concessionspolitik die ultramontane Begehrlichkeit nur steigere, was von den übelsten Folgen begleitet sein müsste.

Der Kaiser hat, wie aus London gemeldet wird, an Lord Charles Beresford ein Schreiben gerichtet, worin er ihm zur Indienststellung der Corvette „Undaunted“, zu deren Capitän Lord Charles Beresford jüngst ernannt worden, Erfolg und diesem Schiffe Glück wünscht.

Der deutsche Militärbevollmächtigte in Petersburg, Oberst von Villaine, fühlte gestern, während er seine üblichen Leibesübungen mit Hanteln vornahm, plötzlich einen starken inneren Schmerz. Die Arzte constatirten nach dem „W. L.“ Darmverschlingung. Der Zustand des Patienten ist lebensgefährlich.

General Werder wird in Petersburg Sonnabend erwartet.

Erzbischof Gremens von Köln erlitt, als er hier das Hotel, in dem er während der Staatsratsitzungen Wohnung genommen hat, verlassen wollte, einen kleinen Unfall. Er glitt auf der Treppe aus und zog sich hierbei eine, wenn auch unbedeutende Verletzung zu, die ihn jedoch hindert, an den Sitzungen der Abtheilung des Staatsrates teilzunehmen.

Die katholisch-theologische Facultät der Akademie zu Münster in Westfalen hat den neuen Bischof von Münster Dr. phil. Hermann Dingelstedt zum Ehrendoctor der Theologie ernannt.

Verschiedene Zeitungen meldeten, die durch die Versezung des Professors Robert nach Halle a. S. frei gewordene archäologische Professor an der Berliner Universität solle in eine rein philologische verwandelt und dem Göttinger Professor v. Wilamowitz-Möllendorff übertragen werden. Diese Nachricht ist nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ aus der Luft gegriffen, sie hat aber inzwischen an der Göttinger Universität, für welche der Verlust des ausgezeichneten Philologen ein schwerer Schlag sein würde, große Beunruhigung erregt.

Die Reise des Majors Liebert nach Ostafrika hat seinerlei militärische Aufgaben zum Zweck. Auch Meldungen über einen geplanten großen Eroberungszug Emin Paschas sind mit grösster Vorsicht aufzunehmen. Es handelt sich weder um die Eroberung Wadelats, noch um die östlich vom Tanganjika gelegenen Gebiete, sondern um die Thatsache, daß der Wunsch zu bestehen scheint, Emin, welcher wie Wenige vor ihm Erfahrungen in centralafrikanischen Angelegenheiten besitzt, für die deutschen Interessen in Ostafrika zu gewinnen. Sein körperliches Bestinden ist ein durchaus befriedigendes und aus seinem Verbleiben in Bagamoyo darf man schließen, daß er nicht abgeneigt sein wird, eventuelle Wünsche in der bezeichneten Richtung zu erfüllen.

Ein Telegramm des „Standard“ aus Delagoa berichtet: Serva Pinto, dem zu Ehren großartige Ovationen dort veranstaltet werden, ist auf Befehl der Lissaboner Regierung nach Capstadt abgereist.

Das französische Budget für 1891 enthält Ausgaben im Betrage von 3240 Mill. Frs.

Die Zahl der englischen Kohlenarbeiter, welche für Anfang März die Arbeit gekündigt haben, bejährt sich bereits auf 480 000; ein allgemeiner Streik gilt für bevorstehend, wenn die geforderte Lohn erhöhung nicht gewährt wird.

Großes Aufsehen erregt die vom italienischen Kriegsminister an 19 Brigade- und Divisionsgenerale ergangene Aufforderung, ihre Versetzung in den Ruhestand nachzusuchen. Die Aufforderung wurde durch einen Bericht des Generalstabsschefs veranlaßt, welcher die betreffenden Generale für vollkommen unzählig erklärt, das Kommando zu führen.

Wieder zurückgekehrt nach Berlin sind, wie man der „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet, die am vorigen Sonnabend aus Berlin wegen Mangels eines Passes ausgewiesenen beiden sozialistischen Führer aus Belgien und Holland. Den Bemühungen der belgischen und holländischen Gesandten, an welche die Sittirten sich gewandt hatten, gelang es, dieselben mit Pässen zu versehen. Wie wir hören, gedenken die beiden ausländischen Socialisten-Führer sich noch einige Zeit hier aufzuhalten.

Seit 5 Uhr trat hier unerwartet sehr heftiger Schneefall ein, der noch andauert; die Wege sind mehrere Zoll hoch bedeckt und der Pferdeanhänger ist stellenweise unterbrochen.

In der Neumann'schen Mord- bzw. Selbstmord-Affaire hat die Obduktion der Leiche Richard Neumanns keine positiven Anhaltspunkte dafür ergeben, daß derselbe eines unnatürlichen Todes gestorben ist. Wenn ein Mord vorliegt und was nicht ausgeschlossen, derselbe nach vorangegangener Veräußerung des Opfers vollführt wurde, so dürfte die bereits angeordnete chemische Analyse des Magens von großer Wichtigkeit sein. Ueber die Beweisgründe, welche Neumann (Vater) gehabt haben könnte, seinen Sohn durch Mord aus dem Wege zu schaffen, vernehmen wir Folgendes: Der in Haft genommene Emil Neumann trug sich mit Heiratsplänen und gedachte eine Person zu ehelichen, die über einige Geldmittel verfügt. Nur hatte er sich an einer früheren Schülerin, die er seit einiger Zeit als Hilfslehrerin an seiner Anstalt beschäftigte, durch einen unsittlichen Act vergangen, nachdem er sie zu diesem Behufe mittels Chloroform in einem Betäubungszustand verfestzt hatte. Dann hatte er seinen Sohn Richard veranlaßt, das Attentat mittels einer schriftlichen Erklärung fälschlich auf sich zu nehmen. Das Opfer des alten Neumann, das auf eine Bereicherung gerechnet hatte, wollte sich indeß nicht dazu verstellen, den Sohn als Verführer anzuerkennen, und die unvermeidlich gewordene Enttäuschung des Thaibestandes hätte die Pläne des Vaters zerstört. Diese Sachlage hätte sich nun aber geändert, sobald Richard Neumann aus der Zahl der Lebenden geschieden und das schriftliche Bekennnis seiner Vergehung aufgefunden worden wäre. Das junge Mädchen, als dessen Verführer sich der junge Neumann fälschlich erklärt hatte, hat bei seiner Vernehmung ausdrücklich jede Beziehung zu dem Sohne Richard Neumann in Abrede gestellt. In erstaunender Weise mehren sich die gegen den alten Neumann erhobenen Beschuldigungen wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit. Nach dieser Rücksicht sind bereits überwältigende Beweise beigebracht. Wegen muthigster Theilnahme an den Sittlichkeitsvergehen und wegen Beleidigung der den Opfern eingestellten Kar-

totika ist nach dem „W. L.“ im Laufe des heutigen Vormittags der in der Nähe des Grünen Wegs wohnende Apotheker W. verhaftet worden.

p. Troppau, 27. Febr. Der Gemeinderath beschloß, bei der Regierung und an den Stufen des Thrones um Inangriffnahme des Bahnbaues Troppau—Ratibor in diesem Jahre und um Fortführung der Eisenbahn Troppau—Bennisch bis nach Kriegsdorf zu petitionieren.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau)

Berlin, 27. Febr. Die Stadtverordneten wählten mit großer Mehrheit den bisherigen Oberbürgermeister Forckenbeck für fernere 12 Jahre zum Oberbürgermeister.

Berlin, 27. Febr. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Die Blättermeldung, daß durch Verlezung des Professors Robert nach Halle die freigewordene archäologische Professur an der Berliner Universität in eine rein philologische umgewandelt und an den Göttinger Professor Wilamowitz-Möllendorff übertragen werden soll, ist aus der Luft gegriffen.

Wien, 27. Febr. Nach der „Polit. Corresp.“ aus Sofia, hat das bulgarische Cabinet keinerlei Beschwerde über den bulgarischen Vertreter in Belgrad, Witschowitsch, seitens der serbischen Regierung erhalten, ebensowenig die Abberufung desselben begeht. Die bulgarische Regierung soll die beabsichtigte Ernennung eines diplomatischen Agenten in Belgrad verschoben haben.

Rom, 27. Febr. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Paris: Die italienische Regierung stimmte der Ernennung Billotti zum französischen Botschafter beim Quirinal zu.

Rom, 27. Febr. Das veröffentlichte Grünbuch über die Besetzung von Keren und Asmara enthält eine Depesche vom 25. Juli 1889, aus der hervorgeht, daß der italienisch-äthiopische Vertrag das Recht Italiens auf Keren und Asmara anerkennt.

Paris, 27. Febr. Kammer. Laur und Hubard benachrichtigten Spuller, sie wünschten ihn betreffs der Absendung von Delegirten zur Berliner Conferenz zu interpelliren. Die Beratung vom Dienstag wurde fortgesetzt. Tirard sagte in Beantwortung einer Anfrage Turrels, betreffs des demnächstigen Ablaufs des Handelsvertrages mit der Türkei, die Pforte habe erklärt, Frankreich werde nach Ablauf im türkischen Reich die Rechte der meistbegünstigten Nation genießen; dies werde natürlich gegenseitig sein und bis 1892 dauern.

Paris, 27. Febr. Nach einem heute Vormittags stattgehabten Ministerrathe empfing Spuller den Grafen Münster und theilte demselben mit, daß die französische Regierung die mündliche Einladung zur Theilnahme an der Conferenz im Prinzip annehme. Spuller wird die Einladung am Sonnabend in einer offiziellen Note an Herrebbe in Erwiderung auf die schriftliche Einladung der Reichskanzlei bestätigen, denselben beauftragen, die Note zur Kenntnis der deutschen Regierung zu bringen und auf Wunsch eine Abschrift zu hinterlassen. Spuller wird in der Note die Ansichten der französischen Regierung bezüglich der Beihaltung Frankreichs in Bezug auf die durch das Programm angeregten Fragen auseinandersetzen. Die Conferenz wird voraussichtlich am 15. März eröffnet werden. Betreffs der Zahl und den Eigenschaften der Vertreter Frankreichs wird später noch eine Verständigung getroffen werden.

Brüssel, 27. Febr. Die über die Zwischenfälle bei dem Brande des Schlosses Laeken angestellte Untersuchung ergab, daß der Bericht des Bürgermeisters in Laeken Ungenauigkeiten enthält und sich daher das Verhalten des Generals Van der Smissen in einem anderen Lichte darstellt. Nichtsdestoweniger erhält der General für sein damaliges Vorgehen eine Verwarnung.

London, 27. Februar. Salisbury empfing heut Nachmittag den Grafen Hatzfeld, welcher die formelle Einladung zur Arbeiterschutz-Conferenz überreichte.

London, 27. Febr. Unterhaus. Ferguson theilte mit, daß die neuesten Berichte von britischen Beamten aus Krete besagten, daß der Zustand auf der Insel im Allgemeinen ruhig sei; in Dörfern kämen nur noch die auch sonst gewöhnlichen Klagen vor, Plündereungen und Gewaltthaten schienen aufgehört zu haben. In den Städten würden wohl zuweilen noch aufreizende Berichte verbreitet; einige Anklagen über die Grausamkeit der Truppen hätten sich jedoch als unbegründet herausgestellt. Aus Griechenland zurückgekehrte Flüchtlinge würden von den Behörden nicht behelligt; alle Flüchtlinge, sechzehn ausgenommen, könnten frei zurückkehren. Wenn der Firman des Sultans den Erklärungen des Vat. gemäß ausgeführt werde, so biete sich nach Ansicht des britischen Consuls kein Anlaß zur Beschwerde. Das Volk werde jedoch durch die Thätigkeit von Politikern aufgerüttelt; immerhin sei der allgemeine Zustand hoffnungsvoll.

Lissabon, 27. Febr. In der vorgestern aufgelegten Eise wurden bereits achtzigtausend Pfund für einen Vertheidigungsfonds gezeichnet.

## Locale Nachrichten.

Breslau, 27. Februar.

— Bezahlung für von den Gemeinden verabreichte Marschfouarge. Nach einer Mittheilung des Kriegsministers hat sich die direkte Bezahlung für die von den Gemeinden verabreichte Marschfouarge durch die Truppen bei dem Versuche, welcher bei dem I., III. und VIII. Armee-Corps in den Monaten Juli und September v. J. gemacht worden ist, nicht bewährt. Die sofortige Baarzahlung war nicht allgemein durchzuführen, weil zum großen Theile die maßgebenden Marktpreise von den Civilbehörden zu spät mitgetheilt wurden. Andererseits wurde durch das Baarzahlungsverfahren Zeit und Mühe der Truppen, insbesondere der Cavallerie und Artillerie, über Gebühr in Anspruch genommen. Die Truppen verfügten auch nicht immer in genügender Zahl über die geeigneten Organe, welchen sie die bezügliche selbstständige Berechnung mit den Gemeinden übertragen konnten. — Das bisher gültige Liquidationsverfahren wird daher für Marschfouarge beibehalten werden. Der Zweck, welchen der Versuch anstrebt, die Gemeinden möglichst bald in den Besitz der Vergütung zu setzen, wird sich am besten erreichen lassen, wenn die Liquidationen den Intendanturen möglichst schnell eingereicht werden. Der Kriegsminister hat den Intendanturen angewiesen, die Zahlbarmachung der Vergütung ohne Verzug zu bewirken.

— Unglücksfall. Der auf der Reichstraße wohnende, 21 Jahre alte Arbeiter Ernst Reboll fiel am 26. d. M. bei seiner Beschäftigung zur Erde und erlitt bei dem Aufprall einen Rippenbruch. Der Mann stand Aufnahme im Allerheiligsten-Hospital.

g. Polizeiliche Nachrichten. Gefunden: ein brauner Havelock; ein Portemonnaie mit Geld; zwei silberne Cylinderuhren; ein schwarzes Leder. Gestohlen: einem Maurerpolyer von der Fürstenstraße ein schwarzer Winterüberzieher, ein graues Sommerjaquet und fünf Pfund vierzöllige Drahtnägel; einem Schneidermeister von der Thiergartenstraße ein schwarzer polsterter großer Tisch; einer Arbeiterin von der Siebenhünerstraße ein Paar neuobige Leiderschuhe; einem Hotelbesitzer am Oberpfälzer Bahnhof ein dunkelbrauner Winterüberzieher. — Abbanden gekommen: einer Pastorsfrau aus dem Kreise Brieg ein goldenes Medaillon; einer Dame von der Sternstraße ein goldenes Armband; einer Dame von der Gerbergasse zwei goldene Nadeln; einem Haushälter von der Friedrichstraße eine silberne Remontoiruhr mit der Gravirung: Emil Aliert 1887; einem Schulknaben von der Koblenzstraße eine Brille mit Nickelfassung. — Verlaufenes Kind: Am 26. d. M. wurde auf der Leibnizstraße ein etwa fünf Jahre alter Knabe aufsichtslos angetroffen und einstweilen im städtischen Armenhause untergebracht; er ist beliebt mit schwarz gestreifter Plümehmütze, dunkler Jacke, grauer Hose und Lederschuhen. Vermisst wird seit dem 26. d. M. der dreizehn Jahre alte Knabe Erdmann Birholz, Sohn eines Kaufmanns auf der neuen Schweidnitzerstraße.

Er ist groß und schlank, hat schwarzes Haar, blaßes Gesicht und trägt eine schwarze Krimmermütze, braunmarmirte Anzug und Gamaschen. — Unter suchungshaft wurden genommen 20 Personen, in Strafhaft 12.

## Handels-Zeitung.

© Vom Oberschlesischen Eisen-, Zink- und Kohlenmarkt. Seit unserm letzten Bericht hat der Markt für alle Erzeugnisse der ober-schlesischen Hüttenindustrie seine durchaus günstige Haltung bewahrt; sämmtliche Werke haben ihre Produktion auf Monate hinaus verschlossen und die vorliegenden reichlichen Aufträge sichern denselben die vollste Beschäftigung bis weit in die neue Campagne hinein. Die zuversichtliche Stimmung in den beteiligten Handelskreisen stützt sich mehr noch auf den regen Verkehr infolge des anhaltend starken Consums, als auf die officielle Verlängerung der oberschlesischen Syndikate, welcher in Kürze auch die Verlängerung der anderen deutschen Verbände auf die entsprechende Dauer folgen soll. Die Läger des Grosshandels sind infolge der ausgedehnten Liefertermine, welche die Werke beanspruchen müssen, gelichtet, während es auf letzteren zu einer Ansammlung von Beständen seit Monaten nicht mehr gekommen ist. Es muss betont werden, dass in normalen Jahren die Werke um diese Zeit stets genöthigt waren, den grösseren Theil ihrer Produktion auf Lager zu arbeiten. — Die außerordentliche Knappheit an Material macht sich in allen Zweigen der Eisenindustrie geltend. So ist in den letzten Tagen eine Anfrage aus dem Revier nach Locomotiven von den renommiertesten Fabriken dahin beantwortet worden, dass vor Frühjahr 1891 an eine Lieferung neuer Objecte nicht gedacht werden kann. Für Lieferung von Kesseln wird durchwegs eine Lieferfrist von fünf bis sechs Monaten verlangt. Es sind dies alles Momente, welche die Befürchtung einer Abschwächung der Conjectur grundlos erscheinen lassen.

Der Begehr nach Waare ist daher unverändert stark und die Preise stabil geblieben. — Auf den Hochofenwerken wird die gesammte Production flott an die Walzwerke verladen. Es wird notirt für Puddlingsrohisen 8 M., für Gussbruchisen 8,75 M., für Giessereirohisen 9 M., alles pro 100 kg ab Hochofenstation. — In Walzeisen ist der Zufluss an Ordres aus dem Inlande unverändert reichlich, so dass der Export nur in mässigen Grenzen betrieben werden kann. Es wird notirt für Walzeisen 21—22 M., für Grobblech 23—24 M., für Feinblech 25—26 Mark, alles pro 100 kg frei Bestimmungsort im deutschen Absatzgebiet.

— Auf dem Zinkmarkte ist in Folge der höheren Londoner Notizen die Stimmung wieder fester. Die Werke sind auf weite Termine verkauft, die Preise daher nur nominelle. Man notirt für gewöhnliche Marken 23 M. pro 50 kg. — Auf dem Kohlenmarkte erhält sich der lebhafte Begehr; die Preise sind unverändert geblieben.

?? Der oberschlesische Steinkohlen-Bergbau. Nach der jüngst erschienenen und von uns veröffentlichten amtlichen Statistik des Steinkohlenbaues in Oberschlesien für das Jahr 1889 ist die Production des Berichtsjahrs die grösste, welche bisher in Oberschlesien erzielt wurde und übersteigt diejenige des Vorjahrs um rund 26 Millionen Centner oder 9 pCt. Im letzten Decennium hat Oberschlesien in seiner Kohlenproduktion einen grossen Aufschwung genommen, es hat mit Erfolg seine Absatzgebiete erweitert und in seinem Eisener nicht nachgelassen, trotzdem die Preise inzwischen einen theilweise scharfen Rückgang erfahren hatten, von dem sie sich erst seit Mitte des Jahres einigermaßen erholt haben. Wie erheblich die Steinkohlen-Production in Oberschlesien gewachsen ist, möge folgende Aufstellung illustrieren; es betrug nämlich die Jahresförderung in Millionen Centner

1880.....	200,33	mit 32 290 Arbeitern
1881.....	208,07	= 33 409 =
1882.....	217,76	= 35 416 =
1883.....	235,98	= 36 269 =
1884.....	246,84	= 38 021 =
1885.....	256,84	= 40 258 =
1886.....	260,36	= 40 925 =
1887.....	261,86	= 40 951 =
1888.....	288,98	= 41 901 =
1889.....	315,06	= 44 244 =

In den letzten zwei Jahren war sonach die Steigerung der Production besonders intensiv; sie betrug für den Verlauf des Jahrzehnts 63 pCt. Der Absatz hielt mit der Production gleichen Schritt; es konnte dies in den ersten Jahren durch fortgesetzte Ausdehnung des Absatzgebietes und später ausserdem durch die in Folge der Aufbesserung der industriellen Thätigkeit gesteigerte Aufnahmefähigkeit des Marktes bewirkt werden; ganz zuletzt und zwar erst im zweiten Halbjahr des Jahres 1889 gewann die Aufnahmefähigkeit des Marktes an Intensität so sehr, dass die Preisgestaltung davon berührt wurde. Absatz und Durchschnittspreis stellte sich nach den amtlichen Angaben im letzten Jahrzehnt:

1880.....	178,44	Million Ctr.	20,40	Pf.




<tbl\_r cells="5"

unterhält, ist in eine Actiengesellschaft umgewandelt worden, das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 300 000 Pfd. St.

\* **Zahlungseinstellungen.** In Brüssel ist, wie die „Köln. Ztg.“ mittheilt, der Buchhändler Th. Falk (ehemalige Firma C. Muquardt, verbunden mit dem Institut national de géographie) in Concurs gerathen.

\* **Oberschlesischer Credit-Verein.** Die ordentliche General-Versammlung findet Freitag, 28. März a. c., Nachm. 4½ Uhr, zu Ratibor statt. Näheres siehe Inserat.

\* **Oberschlesische Portland-Cement-Fabrik in Oppeln.** Die Bilanz, sowie das Gewinn- und Verlust-Conto pro 1889 befinden sich im Interatentheil.

### Ausweise.

**Pariser Bankausweis.** 27. Februar. Baarvorrath, Abn. Gold 1 384 000, Zunahme Silber 163 000, Portefeuille der Hauptbank und der Filialen Zun. 77 133 000, Gesamtvorschüsse Abnahme 2 553 000, Notenumlauf Zun. 3 811 000, Guthaben des Staatschattes Abn. 5 270 000, laufende Rechnungen der Privaten Zun. 42 618 000.

**Londoner Bankausweis** vom 27. Februar.

	20. Febr.	27. Febr.
Totalreserve .....	16 177 000	16 817 000
Pfd. Sterl. 23 185 000	23 070 000	
Pfd. Sterl. 22 912 000	23 436 000	
Portefeuille .....	20 453 000	22 971 000
Guthaben der Privaten .....	22 616 000	24 596 000
Guthaben des Staatschattes .....	9 507 000	10 751 000
Notenreserve .....	15 126 000	15 821 000

### Börsen- und Handelsdepeschen.

Special-Telegramme der Breslauer Zeitung.

**Berlin.** 27. Febr. **Neueste Handelsnachrichten.** Während sich Geld zu Prolongationszwecken bei Beginn der heutigen Börse in grossen Beträgen gefragt zeigte und vielfach mit 7 und 7½ pCt. bezahlt wurde, trat während der zweiten Börsenhälfte vermehrtes Angebot von Geld ein, sodass schliesslich der Reportsatz sich auf circa 6 pCt. ermässigte. Die Liquidation kann mit dem heutigen Tage im grossen und ganzen als beendet betrachtet werden. — Die neuendings bekannt gewordenen Insolvenzen von zwei kleinen Bankgeschäften sind ohne jede nennenswerthe Bedeutung. — Die Mehrzahl der fremden Wechsel stellte sich an der heutigen Börse wesentlich billiger. Amsterdam verlor in beiden Sichten 5, Paris 10 resp. 5, London 2 resp. 1 Pf. — Die Sitzung des Aufsichtsraths der Deutschen Bank, in welcher die Bilanz festgesetzt und die Dividende bestimmt wird, findet am 14. März d. J. statt. — Der Generalversammlung der Berliner Internationalen Bank wurde der Geschäftsbericht pro 1889 vorgelegt. Die Anträge der Verwaltung gelangten durchweg einstimmig zur Annahme; die Dividende wurde auf 8 pCt. pro rata temporis = 90 M. pro Actie festgesetzt. — Die heute stattgehabte Subscription auf 6 Millionen der 5prozentigen Northern Pacific musste bald nach Beginn wieder geschlossen werden, nachdem bereits durch die Voranmeldungen der disponibile Betrag absorbiert war. Der heutige Cours stellte sich auf 92½ bez. u. Gld. — Die Einnahme der Grossen Berliner Pferdeisenbahn vom 19. bis 25. Februar betrug 233 429 M. gegen 242 502 M. im Jahre 1889; mithin mehr in 1890 20 927 Mark. Die Einnahme vom 1. Januar bis 25. Februar ergab 1 967 093 M. gegen 1 765 123 M. in 1889, mithin mehr 201 970 Mark. Die durchschnittliche Einnahme auf den Tag betrug 35 126 Mark. — Kölnerische Wechsler- und Commissionsbank. Der Reingewinn des abgelaufenen Geschäftsjahrs beträgt 411 670 M. Der Reservefonds wurde mit 45 000 M. dotirt, 14 307 M. wurden auf die neue Rechnung vorgetragen und eine Dividende von 6 pCt. vorgeschlagen.

**Berlin.** 27. Februar. **Fondsbörse.** Heute lagen zu Beginn der Börse Kaufordres vor. Die Eröffnung konnte sich auf etwas höherem Niveau vollziehen, doch trat bald nach Beginn wieder Schwäche ein, und zwar aus Anlass von Gerüchten über die bevorstehende Demission des Fürsten Bismarck; zudem verstimmte eine neue heut bekannt gewordene Insolvenz, obschon dieselbe keine grosse Bedeutung in Anspruch nehmen kann. Als weiteres Moment der Beeinträchtigung sind die Geldverhältnisse anzuführen, die auch heute noch eine anomale Gestalt aufwiesen; die Reportsätze bewegten sich für erste Aufgaben zwischen 5—7 pCt. Unter diesen Verhältnissen blieb der günstige Eindruck der Bilanz der österreichischen Creditanstalt ohne Einwirkung. Später konnte sich die Haltung wieder befestigen, nachdem das oben erwähnte Gerücht als unbegründet bezeichnet worden war. Aus obigen Gründen unterlag die Tendenz beständigen Schwankungen, bis in der zweiten Börsenstunde die Tendenz einen entschiedenen Anlauf zur Festigkeit nahm. Von Banken waren Credit-Aktionen und Commanditantheile höher und gefragt; ihnen schlossen sich Berliner Handelsgesellschaft und Dresdner Bank nach vorerwähnten Schwankungen an. Credit 176,10—175,70—177—176,70, Nachbörse 176,60, Commandit 236,60—235,25—237,50—237,40, Nachbörse 237. Am Montanmarkt blieben leitende Montan- und Kohlenwerthe schliesslich behauptet; Bochumer 193,40—191,25—192,50—191,60—192,50, Nachbörse 192, Dortmund 103,40—102,30, Nachbörse 103,20, Laura 158,50 bis 157,75—158,40, Nachbörse 158,50, Donnersmarckhütte 89—89,40, Nachbörse 90, Bahnenmarkt still und wenig unverändert. Fremde Renten ruhig; 1880er Russen 83,80—83,90, Nachbörse 94, Russische Noten 220,75 bis 220,50 bis 222,25 bis 222,50, Nachbörse 220,50, vierprozentige Ungarn 88,50 bis 88,60 bis 88,50, Nachbörse 88,60. Im weiteren Verlaufe gewann die Tendenz an Festigkeit, doch wurden gegen Schluss die höchsten Course nicht aufrecht erhalten. Schluss schwächer, mit Ausnahme von Montanwerthen, von denen besonders Gelsenkirchen anzuzeigen. Am Cassamarkt waren deutsche und fremde Bahnactionen wenig verändert. Cassa-Banken waren wenig belebt; preussische Boden und preussische Central-Boden blieben zu besseren Courses gesucht. Auf dem Markte für Berg- und Hüttenwerke machte sich bessere Stimmung bemerkbar; zu Steigerungen gelangten Harkort St. Pr., Glückauf, Dannenbaum, Consolidation, Pluto, Borussia, Redenhütte, Bonifacius, Aplerbecker, Kölner Bergwerk, König Wilhelm und Arenberg. Oberschlesischer Eisenbahnbedarf 108 bez. (+ 1,00). Inländische Anlagegewerbe durch vereinzelte Abgaben theilweise etwas gedrückt 4 pCt. Reichsanleihen verloren 0,30 pCt., 4 pCt. Consols büssteten 0,10 pCt. ein. Oesterreichisch-ungarische Prioritäten still und wenig verändert; auch für russische Prioritäten zeigte sich kein sonderlicher Interesse; die Notirungen in letzteren blieben ziemlich behauptet.

**Berlin.** 27. Febr. **Produktenbörse.** Beeinflusst von ziemlich rauhem Wetter und vorwiegend festen auswärtigen Berichten eröffnete heute der Markt durchgängig fest, aber im weiteren Verlaufe liess die Festigkeit entschieden nach, und auf verschiedenen Gebieten bildete sich geradezu eine matte Haltung. — Loco Weizen gut behauptet. Termine anfänglich bei mässigem Begehr etwas besser bezahlt, aber die Theilnahme am Geschäft war im Allgemeinen so geringfügig, dass diese Thatache allein schon genügte, eine matte Stimmung zum Durchbruch kommen zu lassen, so dass am Schlusse eher noch ein kleines Minus gegen gestern in den Courses constatirt werden konnte. — Loco Roggen ging zu festen Preisen mässig um. Für Termine herrschte anfänglich in Folge des neuendings kälteren Wetters und der regen Kauflust der Platzmühlen eine recht günstige Stimmung, welche indess nicht anhielt, weil die Verkäufe auf die gestern gehandelten Dampfer fortgesetzt und durch weitere Acquisition zweier Azow- und Schwarze Meer-Ladungen per März a 117 Mark cif Hamburg ausgiebig verstärkt wurden. Die Course schlossen ca. 1½ Mark niedriger als gestern. Die weiteren Offerten russischer Waare liessen eine Erhöhung um ca. 1 M. erkennen. Ein türkischer Dampfer a 115 Mark blieb unverkauft. — Loco Hafer gut behauptet. Termine wenig verändert. — Rogg en mgh 10 Pf. theurer. — Mais effector Waare unverändert. Termine schwach preishaltend. — In Rüböl wurden anfänglich grosse Posten nacher Lieferung für auswärtige Mühlen und per Herbst weiter für österreichisch-ungarische Rechnung zu höheren Preisen gekauft; trotzdem ermatte der Markt durch starke Realisationen hiesiger Mühlen, und schliesslich waren die Course nur unbedeutend höher als gestern. — Spiritus effector Waare zu Lagerungszecken etwas theurer; für Termine ging ein Anlauf zur Besserung wegen mangelnder Geschäftslust wieder verloren.

**Posen.** 27. Februar. Spiritus loco ohne Fass 50er 51, 50, 70er 32, 60. Fest. Wetter: Schnee.

**Hamburg.** 27. Februar, Nachmittags. **Kaffee.** Good average Santos per Februar-März 85½, per Mai 85½, per September 84½. — Tendenz: Matt.

**Amsterdam.** 27. Februar. Java-Kaffee good ordinary 56.

**Havre.** 27. Februar, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann Ziegler u. Co.) **Kaffee.** Good average Santos per März 106,25, per Mai 105,25, per Sept. 105,75. — Tendenz: Fest.

**Zuckermarkt.** **Hamburg.** 27. Februar, 8 Uhr 6 Min. Abends. (Telegramm von Arnthal & Horschitz Gebr. in Hamburg, vertreten durch F. Mockrauer in Breslau.) Februar 12,40, März 12,40, Mai 12,65, August 12,95, October-Decr. 12,60. Tendenz: Stetig.

**Paris.** 27. Febr. **Zuckerbörse.** Anfang. Rohzucker 88° fest, loco 29,75—30, weisser Zucker fest, per Febr. 35, per März 35,10, per März-Juni 35,50, per Mai-August 36.

**London.** 27. Februar, 11 Uhr 41 Min. **Zuckerbörse.** Ruhig. Bas. 88½ per Februar 12, 4½, per März 12, 4½, per April 12, 6, per Mai 12, 7½.

**London.** 27. Febr. **Zuckerbörse.** 96% Java-Zucker 15, stetig, Rüber-Rohzucker (neue Ernte) 12½. Stetig.

**Newyork.** 26. Febr. **Zuckerbörse.** Fair refining muscovadoes 5½.

**Glasgow.** 27. Februar. **Roheisen.** 26. Februar. 27. Februar. (Schlussbericht) Mixed numbers warrants. 51 Sh. 8 D. 51 Sh. 7½ D.

**Kammzug-Terminmarkt.** **Leipzig.** 27. Febr. [Originaldepesche von Berger & Co. in Leipzig.] Buenos-Ayres meldet weitere Steigerung. Hier abwartend 4,87½ bezahlt.

### Börsen- und Handels-Depeschen.

**Berlin.** 27. Febr. [Amtliche Schluss-Course.] Fest.

Eisenbahn-Stamm-Aktionen. inländische Fonds.

Cours vom 26.	27.	Cours vom 26.	27.		
Galiz.-Carls-Ludw.-ult.	82 60	83 70	D. Reichs-Anl. 40%	107	106 70
Gotthard-Bahn ult.	170 30	170 20	do. do. 31½%	102 30	102 30
Lübeck-Büchen	177 25	178 20	Posener Pfandb. 40%	102	102
Mainz-Ludwigshaf.	123 40	123 10	do. do. 31½%	99 80	99 70
Mecklenburger	167 90	167 80	Preuss. 40% cons. Anl.	106 30	106 20
Mitteimerebahn ult.	108	—	do. 31½%	102	102
Warschau-Wien ult.	193 50	193 50	do. Fr.-Anl. de 55	160 50	160
Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.			do 31½% St.-Siedlisch	100	99 80
Breslau-Warschau.	60 20	60 50	Schl. 31½% Pfdr. L.A.	100 50	100 30
Bank-Aktionen.			do. Rentenbriefe	104	104
Bresl. Disconto-bank	111 70	111 10	Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen		
do. Wechslerbank	108 75	109 20	Oberschl. 31½% Lit. E.	100 40	100 50
Dentsche Bank	175	—	do. 41½% 1879	—	101 90
Disco.-Command. ult.	235 70	237 40	R.-O.-U.-Bahn 40%	101 90	101 70
Oest. Cred.-Anst. ult.	176 20	176 90	Ausländische Fonds.		
Schles. Bankverein	129 50	129 12	Egypter 40%	94 80	95 40
industrie-Gesellschaften.			Italienische Rente	93 40	93 50
Archimedes			do. Eisenb.-Oblig.	58	58
Bismarckhütte	210 50	206	Mexikaner	96 80	96 50
Boenum-Gussstahl. ult.	190 50	192	Oest. 40% Goldrente	94 80	94 50
Brsl. Bierb. Wiesner			do. 41½% Papier.	—	76 10
do. Eisen-Wagenb.	167	189 20	do. 1860er Loose	120 50	121 30
do. Pferdebahn.	142 20	142 20	Poln. 50% Pfandb.	65 90	66 30
do. verein. Oefab.	93 20	93 20	do. Liou.-Pfandb.	60 70	—
Donnersmarckh. ult.	87	88 50	Rom. 50% Staats-Obl.	97 70	97 70
Dortm. Union St.-Pr.	102 20	103 20	do. 60% do. do.	104 90	104 20
Erdmannsdörf. Spinn.	103	—	Russ. 1880er Anleihe	93 90	94
Fraust. Zuckerfabrik	160	—	do. 1883er do.	111 20	111 70
Giesel. Cement.	141 50	—	do. 1889er do.	93 70	93 70
GörlEis.-Bd. (Lüders)	165	—	do. 4½% E.-Cr.-Pfor.	99 10	99
Höfm. Waggonfabrik	175 50	175 20	do. Orient.-Anl. II.	68 50	69 20
Kattowitz Bergb.-A.	139	—	Serb. amort. Rente	83 80	83 80
Kramsta Leinen-Ind.	143 40	143 50	Türkische Anleihe	17 70	17 90
Laurahütte	156 20	158 70	do. Loosse.	79 30	79 20
NobelDyn. Tr.-Cult.	156 50	160	do. Tabaks-Aktionen	99	100
Obschl. Chamotte-F.			Ung. 40% Goldrente	88 70	88 50
do. Eisen-Ind.	197	—	do. Papierrente	84 60	84 60
do. Portl.-Cem.	134	—	Banknoten.		
Oppeln. Portl.-Cem.	117	—	Oest. Bankn. 100 Fl.	171 80	171 35
Reichenhütte St					

Weisse Seidenstoffe von 95 Pfge. bis 18.20 p. Met.  
— glatt, gesäumt u. gemustert (ca. 150 versch. Qual.) — verf. roben-  
und stückweise porto- und zollfrei das Fabrik-Dépôt G. Henneberg  
(K. u. K. Hoffst.) Zürich. Muster umgehend. Briefe kosten  
20 Pf. Porto. [042]

## Vortrags-Cyclus.

Freitag, den 28. Februar, Abends 7 Uhr,  
Musiksaal der Universität. [2475]

Herr Redacteur Vollrath:  
„Schein und Wirklichkeit auf der Bühne.“  
Billetverkauf: Buchhandlungen: Hainmeyer, Morgenstern,  
Schleiter u. Abds. a. d. Kasse. Einzelbillett à 1 Mk., Schüler-  
billett à 50 Pf. Studentenbillett à 50 Pf. b. Oberpedell Büning.  
Der Vorstand des Kindergarten-Vereins.

Von unseren directen Beziehungen  
empfehlen und versenden: [1391]

Barclay's London Porter,  
Alsopp's Pale Ale.  
M. Karfunkelstein & Co.,  
Honigferanten,  
Bier-Depôt, Breslau, Schmiedebrücke Nr. 50.

Die Verlobung meiner Tochter  
Frieda mit Herrn Otto Pauch  
in Nürnberg beepleide ich mich ergebenst  
anzugeben. [2332]

Haus Freyimfelde bei Halle a. S.,  
im Februar 1890.

Franz Marie Spatz, geb. Danneel.

Hermann Aronheim,  
Martha Aronheim,  
geb. Bickel. [991]  
Neuwerk am Hause.  
Görlitz, Februar 1890.

Die glückliche Geburt eines mun-  
teren Lüderchens zeigen hocherfreut  
an Hermann Tuch und Frau  
Aronheim, geb. Bickel.  
Berlin, am 23. Februar 1890.

Am 26. d. Mts. verschied  
plötzlich in Folge Lungenläh-  
mung unser herziges Söhnchen

Walter  
im zarten Alter von zehn  
Monaten.

Theilnehmenden Freunden  
und Bekannten zeigen dies  
schmerzerfüllt an

Ernst Lattke  
und Frau Julianne,  
geb. Winkler.

Beerdigung: Sonntag, den  
2. März, Vormittag 11 Uhr,  
vom Trauerhause, Friedrich-  
Wilhelmstrasse 11, nach dem  
11000 Jungfrauen-Kirchhofe  
in Osswitz.

Am 27. Februar, Vormittags  
12½ Uhr, verstarb der Rathsbureau-  
Diätor [3308]

Herr Robert Wuttke

im Alter von 29 Jahren.

Wir betrauern in dem Verstorbenen,  
welcher seit 9 Jahren im Standes-  
Amtsdienst gestanden, einen ehr-  
werblichen, fleißigen und lieben Mit-  
beamten, dessen Andenken bei uns  
nie erlöschen wird.

Die Beamten  
der städtischen Standesämter.

Nach langen Leidern verschied heute  
Vormittags unser geliebtes Kind

Ida

im Alter von 11 Jahren. [2733]

Diese traurige Mittheilung allen  
Verwandten und Bekannten.

Wyslowitz, den 27. Februar 1890.

H. Markiewicz und Frau,  
geb. Warzhauser.

Die Beerdigung findet Freitag  
Nachmittag 3 Uhr statt.

Nach langen, schweren Leidern ver-  
schied gestern Abend 10 Uhr meine  
thenerne Gattin, unsere geliebte  
Schwester und gute Tante

Bertha Cohn,

geb. Mamlok.

Dies zeigt tief betrübt um stillle  
Theilnahme bittend an [2722]

A. Cohn.  
Ostrowo, den 25. Februar 1890

## Deutsch-freisinnige Partei. Stichwahl — Osten.

Wir richten an unsere Parteigenossen das dringende Eruchen, im  
Ostbezirk ihre Stimme dem Kandidaten der Cartellparteien, Herrn  
Oberpräsidenten von Seydewitz, zu geben und für den-  
selben zu wirken. Ebenso eruchen wir unsere Vertrauensmänner  
mit den Vertrauensmännern der Cartellparteien vereint zu wirken  
und dieselben nach Möglichkeit zu unterstützen. Gleichzeitig richten  
wir an die Chefs der Handlungshäuser, welche Reisende auf der  
Tour haben, die Bitte, dieselben für den Wahltag zurückzuberufen.

## Das Wahl-Comité der deutsch-freisinnigen Partei.

## Deutsch-freisinnige Partei. Stichwahl — Westen.

Alle Diejenigen, welche uns im Westen am Stichwahlstage, Sonn-  
abend, den 1. März, gegen die Socialdemokratie unterstützen wollen,  
bitten wir, sich in unserem Wahlbüro, Mende's Hotel, am Magda-  
lenenplatz, zu melden. Gleichzeitig richten wir an die Chefs der  
Handlungshäuser, welche Reisende auf der Tour haben, die Bitte, die-  
selben für den Wahltag zurückzuberufen.

## Das Wahl-Comité der deutsch-freisinnigen Partei.

## Deutsch-freisinnige Partei. Landkreis Breslau-Neumarkt. Stichwahl.

Wir eruchen unsere Parteigenossen im Wahlkreis Breslau-  
Neumarkt bei der am Sonnabend, den 1. März, stattfindenden  
Stichwahl Ihre Stimmen dem Kandidaten der Centrumspartei,  
Frhr. v. Huene auf Groß-Mahlendorf,  
zu geben. [2689]

Breslau, den 26. Februar 1890.

## Das Wahl-Comité der deutsch-freisinnigen Partei.

## Deutsch-freisinnige Partei. Unser Wahlbüro

befindet sich Mende's Hotel, am Magdalenenplatz 11, und ist von  
früh 8 Uhr bis Abends 7 Uhr geöffnet. [2587]

In allen Apotheken und Droghenhandlungen werden Fay's  
echte Sobener Mineral-Pastillen à 85 Pf. die Schacht vorläufig geh-  
alten. Die Pastillen wirken außerordentlich bei Beschleimung, heben  
rau und sicher die Heiserkeit und bewahren sich wie kein zweites als vor-  
zügliches Linderungsmittel bei den qualvollen Hustenanfällen Jener, die  
an den Lungen erkrankt sind. In diesem Falle sollen die Pastillen  
3—5 Stück in heißer Milch aufgelöst und leichter schluckweise getrunken  
werden. [1986]

Sonnabend, den 1. März, Nachm. 4—5 Uhr  
im Musikaal der Königl. Universität [2724]

## Letzte Maerchenvorlesung

von Olga Morgenstern.

Billets à 1 M. für Erwachsene, à 50 Pf. für Kinder in der  
Sehlettersechen Buchhandlung

Frank & Weigert. — Schweidnitzer-Str. 16/18.

## Gesellschaft der Freunde.

## Ausserordentliche Generalversammlung

Sonnabend, den 8. März c., Abends 8 Uhr,  
im Gesellschaftshause.

Tagesordnung: Anlage elektrischer Beleuchtung im  
Gesellschaftshause. [2644]

## Die Direction.

Soeben erschienen: „Die Amateurphotographie“,  
kurze u. genaue Anleitung für Anfänger. Von Max Liebmann, Breslau.  
Preis 50 Pf. Zu beziehen von Trewendt & Granier, Albrechtsstr. u. a. Buchdr.

## Grosses Panorama,

Breslau,

Gartenstraße

26/27.

2

[2731]

Schlacht bei Gravelotte  
18. August 1870.  
Colossal-Rundgemälde 95 m Länge.

Wieder-  
Eröffnung

Sonnabend,  
den 1. März c.,  
Vormittags  
10 Uhr.

## Zur Stichwahl am 1. März c.

Die Wähler der Cartel-Parteien im Osten wie im Westbezirk  
werden dringend erucht:

am Wahltag in der Zeit  
von 10 bis 2 Uhr

den Stimmzettel in ihrem Wahllokal abzugeben, damit das Heran-  
holen der Säumigen für die Zeit von 2—6 sich auf das möglichst  
geringe Maß beschränkt. [2732]

Wir wählen im Osten:

Herrn Ober-Präsidenten Dr. v. Seydewitz,  
im Westen:

Herrn Redacteur Vollrath.  
Das Agitations-Comité  
der Cartel-Parteien.

## Der Zwölferausschuss der Cartell-Parteien

ersucht seine Parteifreunde,

sich für den Tag der Stichwahl im Osten und Westen den  
betreffenden Vertrauensmännern zur Verfügung zu

stellen, um die Säumigen, die Schwachen und die  
Kränklichen von 2 Uhr Nachmittags an heranzu-  
holen. Es ist nötig, dass die Hilfsbereiten sich vor dem Wahltag  
auf dem Wahlbüro Bischöfstraße Nr. 13 melden. Möge sich  
Niemand für zu vornehm, zu gering oder zu wenig geeignet halten,  
um sich dieser dringend nothwendigen Thätigkeit zu widmen.

J. A. Frank, Regierungsrath.

## Gebr. Roesler's Etablissement

## und Brauerei-Ausschank.

Hierdurch zeige einem geehrten  
Publikum ergeben an, dass ich vom  
1. März ab in obigen Localitäten die  
Restaurations-Räthe übernehme,  
und empfehle einen [3302]

## guten kräftigen Mittagstisch, à 60 und 75 Pf., im Abonnement billiger. Stammtisch à 30 Pf.

Gleichzeitig empfehle die Saal-  
Localitäten zu Gesellschaften,  
Hochzeiten etc.

Achtungsvoll  
Rettig, Speisewirth.

In meinem [2296]

## Pensionat

finden auswärtige Schüler, welche  
das hiesige Gymnasium besuchen  
sollen, bei sorgfältiger leiblicher und  
geistiger Pflege jederzeit Aufnahme.

Im Unterricht zurückgebliebenen  
Schülern, besonders der unteren  
und mittleren Klassen, wird die  
erforderliche Nachhilfe im engsten  
Zusammenhange mit dem Lehrplan  
der Anstalt ertheilt. Pensionspreis

600 Mark jährlich. Herr Gymnasial-  
Director Dr. Felt ist zu näherer  
Auskunft bereit.

Rector Preuker in Breslau.

2009

M. Liebrecht,  
jetzt Ohlauerstr. 52, nach d. Taschenstr.

Heirath! Reiche  
Damen

wünschen sich zu verheirathen. Herren  
erhalten sofort unter der Denom. gro-  
ßen Alteiger Berlin S. W. 61. Porto 20 Pf.

2009

M. V. Reszczynski,  
gerichtl. vereid. Bücher-Revisor,  
übernimmt Revisionen der Ge-  
schäftsleitung von Eingetragenen  
Genossenschaften. [3288]

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009

2009



# Van Houten's Cacao.

Bester — Im Gebrauch billigster.

½ Kg. genügt für 100 Tassen  
feinster Chocolade.

Ueberall vorrätig.

[5514]

## Münsterberger Gemüse-Präserven

von Carl Seldel & Co., anerkannt als vorzüglichstes Product.  
**Münsterberger Gemüse-Präserven**

find frischen Naturproducenten an Güte vollständig gleich zu achten und unterscheiden sich weder im Geschmack, Aroma noch Ansehen von diesen. [1438]

**Münsterberger Gemüse-Präserven**  
sind gelesen, gepunkt, geschnitten, überhaupt zum sofortigen Gebrauch für und fertig.

**Münsterberger Gemüse-Präserven**  
sind billiger als Conserven und entsprechen 100 Gramm 2½ Pfund Conserven, was jeder Verlust bestätigen wird.

Zu haben in allen besseren Delicatessen- und Colonialwaaren-Geschäften Breslau's und der Provinz.

## Einem jungen, strebsamen, tüchtigen Kaufmann

mit etwas Vermögen bietet sich Gelegenheit zur Selbstständigkeit durch Erwerb der Filiale (Verkaufsstelle) eines großen Fabriksgeschäftes! Das Zweiggeschäft ist in Oberösterreich in einer der verkehrreichsten Städte mit Garnison, handelt jetzt nur seinen Special-Artikel mit gutem Erfolg, kann aber durch Aufnahme von Herren-Artikeln bedeutend vergrößert werden. Neuerst konstante Verkaufsbedingungen werden zugesichert. Ges. Offerten resp. Anfragen befördern **G. L. Daube & Co.**, Berlin W. 41, sub R. S. 1001. [1977]

## Orgelbau.

In die Kirche zu Woizwitz bei Ganth soll eine neue Orgel mit 7 Stimmen angekauft werden. Der Orgelbau wird einem der Mindestforderungen übertragen und werden Anschläge und etwaige Zeichnungen, welche beide weder vergütet noch zurückgegeben werden, an das Dominium Kriebelowicz bei Ganth erbeten. [2696]

**Mark 3000**  
Hypothek auf ein Grundstück, Mittelpunkt der Stadt, ist mit Verlust zu verkaufen.

Räheres auf Anfragen unter N. 2793 durch Rudolf Moisse, Breslau.

Ein junger Wirtschaftsbeamter sucht 4—500 Mark gegen hohe Bitten. Ges. Offerten unter A. M. 66 an die Exped. der Bresl. Btg.

Wir suchen für unsere Fabrik von Metallschranken u. Möbelbeschlägen, mit Dampfbetrieb, einen tüchtigen [992]

**Vertreter**  
am Platz. Ges. Offerten erbitten **Wilhelm Lehmann & Co.**, Berlin 80., Mantenuffelstraße 116.

**Consum-Artikel.**  
Eine der ältesten und leistungsfähigsten Fabriken von Hen-, Dünger- u. Gabeln, landwirthsch. Geräthen u. sucht für Schlesien einen tüchtigen

**Vertreter**  
gegen hohe Provision. Ges. Offerten bei unter R. 3195 Rudolf Moisse, Köln. [993]

Ein Rittergut, ca. 900 Morgen, eine halbe Stunde zu Wagen von Breslau, ist zu verkaufen. Selbstläufig erfahren das Nähere unter H. H. 100 Breslau hauptpostlagernd.

**Verkauf eines Specerei- und Eisenwarengeschäfts.**

Ein gangbares Specerei- und Eisenwaren-Geschäft mit Grundstück in einer kleinen Provinzstadt nahe der Bahn ist plötzlich eingetretenen Todesfallen halber sofort unter günstigen Zahlungsbedingungen zu verkaufen. [2730]

Nur reelle Selbststrectanten erfahren das Nähere bei dem Kaufmann

**Hermann Schulz**  
in Guhrau, Bez. Breslau.

In einer mittl. Prov.-Stadt Oberschl. J. ist ein seit 17 J. besteh. Herren- u. Damenvor- u. Schuh-Gesch. anderer Unternehmungen halber unter günst. Beding. sof. ob. p. 1. Juli d. J. zu verk. Offerten u. Chiffre J. C. 60 an die Exped. der Bresl. Btg.

Die Ausbentung eines 10 Morgen großen [2625]

**Kalksteinbruches**  
kann ein tüdiger Unternehmer für eigene Rechnung übernehmen vom Dominium Zawada, Poststation Peiskreisham.

400 Ctr. gelbe Rosen-, 600 Ctr. Kuckzo-, 100 Ctr. Earl Rosa - Kartoffeln verkauft Dom. Hüner, Kreis Ohlau. [2674]

**Lebende Karpfen,**  
jetzt billig,  
**Aale, Schleien,**  
**Flusshecchte,**  
**Backfische,**  
frischen prachtvollen  
**Schellfisch,**  
**Cabeljau,**  
**Zander,**  
**Bratzander,**  
**Schollen,**  
**Hecht,**  
**Steinbutten,**  
**Seezungen,**  
**Silberlachs**  
empfiehlt [3298]

**E. Huhndorf,**  
Schmiedebrücke 21.  
Filiale: N. Schweidnitzerstr. 12.

**Bratzander,**  
**Tafelzander,** { 45 Pfg.  
in jeder gewünschten Grösse, Schönste [3314]

**Flusshecchte** 60 Pf.,  
Schollen 50 Pf., Zungen 70 Pf.,

**Schellfisch** 30 Pf., grüne Heringe 10 Pf.

**Paul Neugebauer**  
Breslau, Ohlauerstr. 46.

**Backzander,** à Pfund 50 Pf.,  
**Tafelzander,** à Pfund 50 Pf., Hechte, à Pfund 50 Pf.

**E. Neukirch,** Nicolaistr. Nr. 71.

Setze Puten, Enten, Kapallen billig abzugeben Carlsplatz 1 bei Kretschmer. [3275]

**Sensenstreicher**  
liest billist [1970]

**M. Schaal, Pleß Os.**

**Ein wahrer Schatz**  
für alle durch jugendliche Verirrungen Erkrankte ist das berühmte Werk: [0238]

Dr. Retau's Selbstbewahrung.

80. Aufl. mit 27 Abbild. Preis 3 M. Lese es jeder, der an den Folgen solcher Lasten leidet, Tausende verdanken demselben ihre Wiederherstellung.

Zu beziehen durch das Verlagsgazett in Leipzig, Neumarkt Nr. 34. In Breslau vorrätig in G. Schubert's Buchdr. Neumarkt 19, und in Brieg in G. W. Kroschel's Buchdr.

Stellen-Angebote und Gesuche.

Insertionspreis die Zeile 15 Pf.

Eine gewiegte Verkäuferin, die seit mehreren Jahren in Breslau thätig ist, wünscht in einem hies. Gesch. and. dauerndes Engagem.

Off. K. F. 75 Briesl. d. Bresl. Btg. [2674]

Wir suchen für unser Colonialwaaren-Engros-Geschäft einen Comptoiristen mit schöner Handschrift per 1. April a. c. Branchenkenntniß erforderlich. Bewerbungen nur schriftlich. [3214]

**Reichenbach & Schlesinger.**

**Eine Erzieherin,**  
mosaisch, musikalisch gebildet, zu 4 Kindern bis zum 14. Jahre, findet Aufnahme bei [3291]  
Leop. Haas, M. Ostrau.

Gepr. Erzieherin, in Handarb. und Hebräisch tüchtig, wird für sofort zu 4 Kindern im Alter von 6—14 Jahren aufs Land gesucht. Offert mit Zeugnisabschriften und Photogr. erb. an S. Schlesinger, Gr.-Kunstsch. v. Frankstadt a. R. Mähren. [3096]

Erzieherin, [3293]  
Kinderpflegerinnen, Stützen der Hausfrau

mit guten Zeugn. gefügt durch Fr. Fanni Markt, Elisabethstr. 7, I.

Verkäuferinnen für Schnitt- u. Confectionen-Geschäft suchen per sofort oder 1. April einen tüchtigen Verkäufer, der poln. Sprache mächtig.

**Julius Schaul,**  
Kempen, Prov. Posen.

Für mein Colonialwaar., Tabak- u. Cigarren-Gesch., suche per 1. April cr. einen tüchtigen [2622]

**Verkäufer.**  
Bewerbungen Zeugnisse und Gehaltsansprüche beizulegen.

**Hugo Puchelt,**  
Waldenburg.

Für ein Colonial- und Eisenwaren-Geschäft suche zum baldigen Antritt event. pro 1. April cr. einen tüchtigen, polnisch sprechenden

**Expedienten**  
christlicher Confession. [2652]

Kenntnis beider Branch. erwünscht.

**Persianer,** Myslowitz.

Per 1. April cr. suche ich einen

praktischen, älteren [2619]

**Adolf Wind,**  
Ratibor. [2614]

Wir suchen von sofortig od. ersten

März eine tüchtige, erfahrene

**Schneiderin**  
zu engagieren. Dieselbe muß in der Ausrüstung von Costumes und Männern firm. und versiehen ein Atelier von 10—12 Arbeiterinnen zu leiten. Damen, welche schon als Directrice fungirt haben, erb. d. Vorzug. Ges. Off. mit Gehaltsanspr. unter Beifig. v. Photogr. u. Zeugnisabschr. sub W. 32 an die Expedition der Breslauer Zeitung. [3036]

**Destillateur.**  
Retoumarken verbieten.

**A. Roth,** Gleiwitz.

1 Jung. Mann, Speccrist, mit gut.

1 Handarb. m. Buchführ. u. jährl.

Comptoirarb. vertr., sucht Stellung

im Comptoir. Ges. Off. sub P. G. 76

Exped. der Bresl. Btg. [3301]

Zum Antritt per 1. März event. 3. April suchen wir bei hohem Gehalt 2 tüchtige junge Leute.

**Gebrüder Herzberg,**

Colonial- und Delicatessen-

Handlung en gros & en detail,

Babze Os. [2729]

Per 1. April dauernde Stellung.

Ges. Offerten erb. unt. A. B. 2004

postlagernd Schleidnitz. [3290]

**Ein junger Mann,** gelernter Speccrist, der für ein

Destillations-Gesch. schon gereift ist,

militärfrei, beider Landespr. mächtig,

nicht, gefügt auf gute Zeugnisse in

einem Destillations-Geschäft per

1. April dauernde Stellung.

Ges. Offerten erb. unt. A. B. 2004

postlagernd Schleidnitz. [3290]

Für meine Getreidegeschäft suche per 1. April einen tüchtigen [2710]

**jungen Mann.**

Carl Glaser, Briesl.

**Getreide-Branche.**

Ein junger Mann, mit der obigen

Branche und der Buchführung ver-

traut, sucht, gefügt auf gute Zeug-

nisse, per 1. April Stellung. [2709]

Ges. Offerten erbite sub R. Z. 144

an die Exped. der Bresl. Btg.

**Reisender.**

aus der Buszbranche, mit der Kund-

schafft in Schlesien und Posen bekannt,

sucht per 1. April cr. dauerndes

Engagement. [3289]

Ges. Off. sub G. 68 an die Exped.

der Bresl. Zeitung erbeten.

**Ein j. Destillateur,** bemerkant im

Detailverkauf, sowie in der ein-

fachen Buch., sucht, gefügt auf gute

Zeugnisse, per 1. April anderweitig

Stellung. — Ges. Off. erbeten u.

B. G. Trehlenerstr. 14 Dresden-A., niederzulegen. [3294]

**Monteur** für Dampf- und allgemeinen

Maschinenbau gesucht von der

Eintrachhütte,

Actien-Gesellschaft,

bei Schwientochowitz D.-Schles.

Bei der Hugo Graf Henckel von Donnersmark'schen Güter-Direction hier selbst ist die Stelle eines im Zeichnen und Beratungen gebüten [2711]

Einen Lehrling, Christl. Glaubens, der noch nicht gelernt hat, sucht zum 1. April [870]

C. Schoepp,

Neustadt Os. Stadt-Apotheke.

**Vermietungen** ic.

Insertionspreis die Zeile 15 Pf.

**Reisestr. 55,** II. links ist ein gut

möbl. Zimmer per bald zu verm.

**Gartenstraße 26|27,** II.

</